

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Frangirungslohn per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Anserte müssen bis Dienstag früh in unierer Expedition aufgegeben sein. Die 5gepaltene Bettzeile kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergehülfe sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. zu senden.

Nr. 50.

Sonntag, den 10. Dezember.

1905.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gest. Beachtung! Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

Zur Bekämpfung der Tabaksteuererhöhung.

Tabakarbeiter Deutschlands!
Die Tabaksteuervorlage der Reichsregierung ist erschienen und bereits dem Reichstage vorgelegt. Dieselbe hat die schlimmsten Befürchtungen noch weit übertroffen! Die Parole der Regierung heißt jetzt: Vernichtung des Kleinbetriebes! Bis jetzt hatte doch wohl durchgängig jeder, der die Sache mit kaltem Blute betrachtete, erwartet, daß die Regierung systematisch von Etappe zu Etappe dem Monopol zuzusteuern, eine Branche nach der andern in der Tabakindustrie sich vornehmen und so erst im Prinzip den Widerstand des Reichstags zu brechen versuchen würde. Aber nein, das geht ihr langsam! Mit kühnem Mute überspringt sie die verschiedensten Stappen, um mit einem Schläge ihrem Ziele näher zu kommen, unbekümmert darum, was aus vielen Zehntausenden der sowieso schon in traurigen, erbärmlichen Verhältnissen nur noch vegetierenden Tabakarbeiter wird. Daß die Regierung selbst mit einem kolossalen Rückgang des Konsums, folglich auch der Produktion, rechnet, geht schon aus dem Steueranschlag hervor, den die Regierung über den zukünftigen Ertrag dieser Steuer angestellt hat. Sie schätzt den Konsum des laufenden Jahres auf über 4 1/2 Milliarden Zigaretten, und würde die neue Besteuerung der Zigaretten mindestens 13 Millionen Mark betragen; die Regierung stellt aber nur 5 Millionen in den Etat ein. Die Regierung muß auch schon einen erheblichen Mindereinkommen ins Auge gefaßt haben, der bei der ungeheuerlichen Erhöhung des Tabakzolls die Entlassung von zirka 80 000 Tabakarbeitern zur Folge haben muß. Wir lassen hier die neuen Zoll- und Steuererträge folgen und fügen die bisherigen Sätze in Klammern bei:

Unbearbeitete Tabakblätter	125 Mk. (bisher 85 Mk.)
Tabak zu Rauch-, Kau- u. Schnupftabak	110 " (" 85 ")
Tabak-Rippen oder Stengel	110 " (" 85 ")
Tabak-Laugen, gemischt mit Brähe	125 " (" 85 ")
Bearbeitete Tabakblätter	300 " (" 180 ")
Kaus- und Schnupftabak	300 " (" 180 ")
Rauchtabak in Stangen, sowie groß geschnitten	300 " (" 180 ")
" Feingeschnitten	500 " (" 180 ")
Zigaretten	600 " (" 270 ")
Zigaretten	1200 " (" 270 ")

außerdem eine Zigarettenpapiersteuer von 3 Mk. für 1000 Zigaretten, also für Papierblättchen im Werte von 12—15 Pfg., eine Steuer von 3 Mk.

Die Tabaksteuer beträgt 62 Mk. (bisher 45 Mk.), Tabak-Gruppen 45 Mk. (bisher 45 Mk.).

Wo die Regierung den Mut hernimmt, eine solche Erhöhung eintreten zu lassen, ist nicht zu fassen; die Wirkung muß eine entsetzliche sein.

Tabakarbeiter allerorts! Jetzt gilt es, die Stimme zu erheben, sich gegen den sicheren Untergang der gesamten Industrie zur Wehr zu setzen. Jetzt heißt es, sich aufzraffen, um vereint an der Abwehr einer derartigen Vorlage sich zu beteiligen. Könnt Ihr jetzt noch zaudern, Euch gemeinsam der sicheren Vernichtung entgegenzustemmen? Jetzt, wo die Vorlage der Regierung vorliegt, ist es die höchste Zeit, an die Abgeordneten aller Parteien heranzutreten, sie zu befragen, wie sie sich zu dieser Vorlage, diesem Weichnachtsgeschenk, das die Regierung den Tabakarbeitern Deutschlands unter den Christbaum, diesem Symbol der christlichen Liebe, gelegt hat, verhalten wollen; fragt dieselben, wie sie ihr Mandat als Volksvertreter auszuüben gedenken. Macht sie darauf aufmerksam, daß die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands in Mitleidenschaft gezogen wird, denn wenn viele Zehntausende dem Elend der Arbeitslosigkeit überliefert, der Landstraße überwiesen werden, muß das unbedingt eine kolossale Einwirkung auf alle Berufszweige haben, daß darum alle diese Geschädigten von ihnen nachschaff fordern.

Tabakarbeiter Deutschlands! Der Reichstag geht Mitte Dezember in die Weihnachts- und Neujahrsferien. Die Abgeordneten sind bis 9. Januar zu Hause! Tretet an sie heran! Ob mündlich oder schriftlich; Ihr habt genügend Zeit, wenn Ihr diese Ferien benutzt, um sie während dieser Zeit auf Herz und Nieren zu prüfen. Ferner ist es nun ebenfalls die höchste Zeit, allerorts, wo bisher noch nichts oder nur wenig geschehen, das Versäumte nachzuholen; Kommissionen zu wählen, wo dieses noch nicht geschehen, die Beschaffung von Geldmitteln schleunigst zu veranlassen, denn zu einer planmäßigen Agitation gehört Geld und wieder Geld. Bis jetzt ist in dieser Beziehung auch noch wenig geschehen. Weil die Bedrohung noch in Dunkel gehüllt war, wurde die Agitation gegen sie auch nicht mit dem gehörigen Eifer betrieben. Jetzt aber, wo der Feind deutlich vor uns steht, müssen wir verlangen, daß nicht mehr ge-

zaudert wird. Jetzt heißt es: Alle Mann an Deck! Ferner ist es nicht mehr zu veräumen, daß von jedem Ort die nächstgelegenen Ortschaften in dem erforderlichen Umfang bearbeitet werden. Ein zweites Flugblatt wird im Laufe der nächsten Tage an die bekannten Adressen verandt werden. Der Mehrbedarf kann nur auf Bestellung von uns bezogen werden.

Kollegen! Jeder ans Werk! Es gilt, das Menschenmögliche zu leisten!

Die Zentral-Kommission.
J. A.: Karl Butry, Stralsunder Straße 41.

Tabaksteuer oder Monopol?

Bei näherer Betrachtung der Gesekentwürfe zur Erhöhung der Tabakbesteuerung drängt sich uns die Frage auf, ob es der Regierung wirklich nur darum zu tun ist, vierzig Millionen Mark Steuer mehr aus dem Tabak herauszuschlagen oder ob sie nicht vielmehr mit ihren Absichten auf das Monopol zusteuert.

Das Zigarettensteuergesek läßt keinen Zweifel mehr, daß die Regierung die Monopolisierung der Tabakindustrie anstrebt, es ist der Anfang des Monopols, denn eine Reihe seiner Bestimmungen — die §§ 10—15 — bringen für die Hersteller und Verkäufer von Zigarettenpapier und Zigaretten die direkte Regie-Aufsicht, ja der Schluppassus des § 10: „Der Bundesrat ist befugt, den Verkauf von Zigarettenpapier Beschränkungen zu unterwerfen“, ist nichts anderes, als eine Vorschrift, die bereits den Konsumenten die Möglichkeit beschränken will, sich selbst Zigaretten zu drehen; sie ist aber auch als ein Vorläufer der Beschränkung des Zigarettenverkaufs zu betrachten. Sind nämlich die monopolfördernden Bestimmungen des Gesekes eingebürgert, dann ist es nicht schwierig, schrittweise weiter zu greifen und so immer Einrichtungen für die Privatindustrie zu treffen, die die Ablösung derselben durch das Monopol sehr vereinfachen.

Abgesehen von dieser prinzipiellen Bedeutung der bezeichneten Vorschriften, werden sie einen Sturm des Unwillens bei allen Verkäufern und Produzenten hervorrufen, denn sie liefern das Geschäft der Schnüffelei der Steuerpolizei völlig aus und verursachen Produzenten und Händlern eine Masse Scherereien, die ihnen das Geschäft verleben muß. Zigarettenfabriken und Verkäufer von Zigarettenpapier haben nach § 10 ihren Betrieb von jenem Beginne der Steuerbehörde anzumelden, sie haben über Zugang und Abgang von Zigarettenpapier Buch zu führen und ihre Vorräte an Zigarettenpapier den Beamten jederzeit auf Verlangen vorzuzeigen. Ferner sind die Verkäufer von Zigaretten nach § 12 verpflichtet, den Beamten während der üblichen Verkaufsstunden Zutritt zu ihren Verkaufsstellen und Lagerräumen und die Prüfung der Zigarettenvorräte zu gestatten. Nach § 14 sind die Inhaber der Betriebe verpflichtet, den Beamten jede erforderliche Auskunft über Herstellung und Absatz von Zigaretten-Papier und Zigaretten zu erteilen und bei allen Amtshandlungen die notwendigen Hilfsdienste zu leisten oder leisten zu lassen usw. usw. Den Oberbeamten sind die auf den Einkauf und die Veräußerung von Zigarettenpapier und Zigaretten sich beziehenden Geschäftsbücher und Geschäftspapiere auf Erfordern zu jeder Zeit zur Einsicht vorzulegen. Diese Geschäftsschnüffelei durch die Steuerpolizei führt eine Methode in das Geschäftsleben ein, die sich mit der privatkapitalistischen Konkurrenzwirtschaft durchaus nicht verträgt.

Sinzu kommt, daß diese geschäftspolizeiliche Wirtschaft noch verschärft wird durch hohe Strafen. Nach § 18 des Entwurfs steht auf jeder Defraudation eine Mindeststrafe von 50 Mk., sonst aber ist der vierfache Betrag der Hinterziehung zu zahlen. Die Geldstrafe kann bis hunderttausend Mark steigen; Beihilfe und Begünstigung sind bis zu 150 Mk. zu bestrafen. Ordnungsstrafen setzt der § 20 von einer bis 300 Mk. aus für diejenigen, die sich Handlungen oder Unterlassungen zuschulden kommen lassen, durch die ein Beamter an der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes in bezug auf die Zigarettensteuer verhindert wird usw.

Das Gesek gleicht, wie man sieht, mehr einem Polizeigesek und ist sehr deprimierend für die Zigarettenfabrikanten, daß gerade gegen sie, die vor ein paar Jahren der Regierung einen höheren Zoll auf ausländische Zigaretten anboten, ein solches Polizeigesek gerichtet ist.

Indessen müssen wir ja zugeben, daß die Zigarettenpapiersteuer eine scharfe Kontrolle bedingt. Allein, für das weiterverzweigte Zigarettengeschäft bedeutet diese Kontrolle eine allgemeine Geschäftsschnüffelei, die geradezu demoralisierend wirken muß. Der Geschäftssekretär wird eine ständige Geschäftsplage, die Händler und Produzenten stets des Verdachts der Defraudation, also des Betruges aus-

gesetzt. Der Staat will um die Steuern nicht betrogen sein, er kümmert sich aber den Teufel darum, ob die Konsumenten übers Ohr gehauen werden. Kurz, die Scherereien, die seinerzeit durch die Fabriksteuer über die Tabakindustrie verhängt werden sollten, gegen die sich aber alle Unternehmer und Händler mit aller Macht kehrt und das Projekt beseitigen halfen, sollen jetzt in verschärfter Weise in der Zigarettenindustrie eingeführt werden, weil die Regierung durch die Zigarettenpapiersteuer von 3 Mk. pro Tausend Blatt zirka 12 Millionen Mark Steuern haben will.

Uebrigens bedingt diese Steuer eine vollständige Umwälzung der Zigarettenfabrikation, die ihr einen kaum zu vermindenden Stoß verjekt. Infolge dieser hohen Steuer kommt die Pfennigzigarette völlig in Fortfall, die jetzt den Grundstock der Fabrikation bildet. Von den vier Milliarden fabrikmäßig angefertigten Zigaretten sind der wesentlichste Teil Pfennigzigaretten. Wird die Pfennigzigarette aus dem Handel ausgeschlossen, so muß der Konsum um ein Bedeutendes zurückgehen, da die Arbeiter als Konsumenten der Pfennigzigarette für den Augenblicksgenuß in ein paar freien Minuten zum Rauchen nicht viel ausgeben können und lieber verzichten werden. Der Konsumrückgang würde natürlich Tausende von Zigarettenarbeitern arbeitslos machen und die ganze Industrie aus dem aufblühenden Stande zurückwerfen. Die künstliche Preisverteuerung der Fabrikate käme aber nur dem so heiß von der Regierung ersehnten Monopol zugute. Die Zigarettenfabrikanten werden also jetzt mit gleicher Verbe, wie seinerzeit die Zigarettenfabrikanten, gegen die Fabriksteuer in die Schranken treten müssen.

Aus der Begründung des Zigarettensteuergesekes, die hier nur der einfältigste Einwand hervorgehoben, daß nämlich „nach weit verbreiteter und wohl auch begründeter Ansicht der reichliche Tabakgenuß in Form der Zigarette mehr geeignet ist, die Gesundheit zu gefährden, als der Tabakgenuß in Form des Rauchtabaks oder der Zigarre“. Der fürsorgliche Vater Staat, den das Elend hunderttausender von Arbeitern nicht rührt, dessen Sozialpolitik an die schamlose Ausbeutung der Arbeiter kaum zu tippen mag, ist um lumpigen 12 Millionen Mark willen, die er in zehnfacher Höhe leicht aus den Taschen der Besitzenden holen könnte, plötzlich um die Gesundheit der Zigarettenraucher besorgt. Der Kaiser macht uns lachen! —

Rundschau.

Sozialdemokratische Initiativanträge. Die sozialdemokratische Fraktion hat 16 Initiativanträge beim Reichstage eingebracht. Neun von diesen Anträgen betreffen das Arbeitsverhältnis aller Arbeiter und einzelner Arbeiterkategorien. Der erste Antrag ist ein Gesekentwurf zur Regelung des Rechts der Versammlung und Vereinigung und des Rechts der Koalition. Eine Resolution zielt auf Vorlegung eines Gesekentwurfs über den Achtstundentag ab. Das Vertragsverhältnis der Bergarbeiter und das Knappschafswesen wird durch drei aus der vorigen Session übernommene Anträge geregelt. Zur Abhilfe gegen den Mißbrauch des Eigentums an den Eingeweiden der Erde (durch Stilllegen von Fischen usw.) und gegen das Durcheinander der deutschen Vergesekgebungen wird ein einheitliches Reichsbergesek verlangt. Den von Tag zu Tag nötiger werdenden Schutz der Arbeiter des Baugewerbes begehrt der auf diesem Gebiete bereits in der vorigen Session gestellte Gesekentwurf. Zwei Resolutionen bezwecken die Rechtslosigkeit des Gesindes und der ländlichen Arbeiter zu beseitigen. Es wird die Vorlegung eines Gesekes verlangt, das zur Entscheidung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis zwischen ländlichen Arbeitern und deren Arbeitgebern, sowie aus dem Gesindeverhältnis Gerichte nach Art und in Anlehnung an die Gewerbegerichte und Kaufmannsgerichte einsetzt. Ferner wird die Vorlegung eines Reichsgesekes verlangt, das sämtliche strafrechtlichen Ausnahmeesekes gegen das Gesinde und die ländlichen Arbeiter aufhebt, diesen Arbeitern unbefränktes Koalitionsrecht einräumt, die reichsgesekliche Krankenversicherung für die ländlichen Arbeiter und für das Gesinde einführt und unter reichsgeseklicher Regelung des Vertragsverhältnisses dieser wirtschaftlich am elendesten dastehenden und fast rechtlosen Arbeiterklasse endlich Schutzvorschriften für die Zeit, Dauer und Art des Arbeitsverhältnisses bringt. Ingefsichts des ungeheuren Elends, von dem die ländliche Arbeiterklasse und die arbeitenden Klein- und Mittelbauern besonders mit Einführung der erhöhten Zölle heimgefuht werden, beauftragt die Fraktion den Vorstand zum Frühjahr eine Konferenz in landwirtschaftlichen Betrieben tätiger Genossen (Arbeitgeber und Arbeiter) einzuberufen. In dieser Konferenz soll über spezielle Schutzvorschriften beraten werden.

Der zehnte der von der Fraktion eingebrachten Anträge verlangt die Vorlegung eines Gesetzentwurfs zur Regelung des Wohnungswesens. Ein Gesetzentwurf fordert Aufhebung der Nahrungsmittel- und Futtermittel. Auf Ergänzung der Reichsverfassung zielen drei Anträge ab. Ein Gesetzentwurf will durch einen Zusatz zur Reichsverfassung für alle Bundesstaaten und Elsaß-Lothringen eine auf dem allgemeinen geheimen und direkten Wahlrecht beruhende Volksvertretung einführen. Die Einsetzung von Reichstagskommissionen zur Untersuchung von Tatsachen (z. B. die Lage der Arbeiter, der Kleinbauern und der Handwerker, Wirkung der Zölle und Kartelle usw.) fordert eine weitere Ergänzung der Reichsverfassung. Eine dritte will die Immunität von Abgeordneten auf die Straftat ausdehnen.

Der auf Beseitigung der Majestätsbeleidigungsparagraphen abzielende Gesetzentwurf ist wiederholt. Die Haftung der Eigentümer von Eisenbahnen und Automobilen für den durch ihr Eigentum angerichteten Schaden und die Bildung einer Haftpflichtgesellschaft zur Sicherung der Erfahrbildlichkeiten fordert der letzte der von der Fraktion eingebrachten Anträge.

Die Reichstagsfraktion will ferner nach den Weihnachtstagen sich mit einem allgemeinen längeren Arbeiterschutzgesetz be beschäftigen. Dieser soll das Arbeitsverhältnis aller für das Gewerbe eines andern arbeitenden Arbeiter (zum Beispiel auch der Heimarbeiter, Gärtner, Bureaugehilfen) behandeln. Die Regelung des Kollektivvertrags, der Affordarbeit, der Sicherung des Koalitionsrechts gegen die immer mißlicher auftretende Rechtswidrigkeit sowie eines Schutzes gegen schwarze Listen der Arbeitgeber würde ebenfalls in den Rahmen dieses Gesetzes fallen. Je nach der parlamentarischen Geschäftslage würden einzelne der eingebrachten Gesetze oder der für den Inhalt des Arbeiterschutzgesetzes vorbereiteten Materialien als Resolutionen zum Etat gestellt werden.

Gegen die Tabaksteuer mobil zu machen, liegt für die Dresdner Stadtverwaltung besondere Veranlassung vor. Auf der Tagesordnung der letzten Sitzung der Stadtverordneten stand ein Antrag, eine Eingabe an die Regierung zu richten, dahingehend: Die sächsische Staatsregierung wolle im Bundesrat dafür eintreten, daß bei der bevorstehenden Reichsfinanzreform eine Höherbesteuerung des Tabaks und eine Besteuerung der Zigaretten nicht in Betracht gezogen werde, sowie eine gleiche Petition an den Reichstag zu richten, den Rat um Beitritt zu diesem Beschlusse zu ersuchen. Herr Stadtverordneter Kaufmann Gantke begründete den Antrag, indem er darauf hinwies, daß in Dresden als einem Hauptorte der Zigarettenindustrie und des Großhandels von türkischen Tabaken das Erwerbsleben und die Steuerkraft der Einwohner auf das empfindlichste durch die geplante Steuer geschädigt werde. — Es war keine Mehrheit für den Antrag zusammenzubringen. Man einigte sich schließlich auf folgende Forderung: Die sächsische Staatsregierung wolle im Bundesrat dafür eintreten, daß bei der bevorstehenden Reichsfinanzreform eine Besteuerung der Zigarettenfabrikation, abgesehen von einer wohl nicht zu umgehenden Steuererhöhung für den Rohstoff, vermieden werde. — Mit solchen Halbheiten wird kein Eindruck gemacht. Von dem Dresdner Speiserkollegium kann freilich nicht viel Besseres erwartet werden.

Quittung.

Zur Bekämpfung der neuen Tabaksteuer gingen in der Zeit vom 28. November bis 4. Dezember beim Unterzeichneten ein:

Nieder-Gorsly b. Dresden durch G. Nimmergut,	1. Rate	1.80 M.
Klein-Auheim durch J. Heizinger, 1. Rate	10.—	"
Kirchberg durch Heint. Sudek, 1. Rate	15.—	"
Trebbin, Kr. Teltow, durch Otto Jedin, 2. Rate	85.05	"
Hieblich a. Rh. durch H. Bergmann, 1. Rate	10.—	"
Hersheim b. Landau durch Valentin Baumfischer,	1. Rate	5.—
Brenslau durch E. Siewert, 1. Rate	16.50	"
Größ-Steinheim durch Paul Seigeb, 1. Rate	15.—	"
Tangermünde durch Otto Wolfenheim, 1. Rate	3.—	"
Grimma von den Tabakarbeitern, 1. Rate	5.—	"
Berlin, Fabrik Wänamont	22.35	"
" " Kappaport	2.80	"
" " Kressin	38.20	"
" " Taffi	6.10	"
" " Jofetti	21.35	"
" " Beckmann	6.10	"
" " Benschira	3.50	"
" " Janina	4.85	"
" " Herbstock	6.20	"
" " Problem	15.70	"
" " Nicolopolus	5.10	"
Summa	298.60 M.	
Bereits quittiert	833.57	"
Summa	1132.17 M.	

Irty Sperber, Kassierer, Berlin N. 28, Ruppiner Str. 44.

Berichte.

Apotha. Der Zigarrenarbeiter Heinrich Staats aus Otzenhausen, welcher auf Antrag der hiesigen Zahlstelle im Jahre 1904 wegen grober Schädigung des Verbands und der Interessen seiner Mitglieder von der Mitgliedschaft ausgeschlossen wurde, ist am 17. November d. J. von hier abgereist, nachdem er während dieser Zeit den Verband und die hiesigen Kollegen in der schärfsten Weise verleumdete. Es wären hierfür die Handlungen des Betroffenen anzuführen, doch ist uns der Raum hierzu zu kostbar; wir ersuchen nur die Kollegen, in deren Bereich Staats sich befindet, Kenntnis hiervon zu nehmen. Wir sind gern bereit, schriftlich Mitteilungen darüber zu machen, damit es ihm unmöglich gemacht wird, ähnliche Manöver wie hier noch anderswo in Szene zu setzen.

Die Ortsverwaltung.

Bremheraven. Am 25. November fand im Lokal des Herrn Behrenhoff eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht von der Generalversammlung; 2. Stellungnahme zur Tabaksteuervorlage; 3. Wahl eines Delegierten zur Konferenz in Bremen; 4. Verschiedenes. Zum 1. Punkt war Gauleiter Blome-Bremen als Referent erschienen. Derselbe entledigte sich seiner Aufgabe in ca. 1/2stündigem Vortrage. Schon die verschiedenen Zwischenrufe zeigten, daß sich die Mitglieder mit den gefassten Beschlüssen der Generalversammlung nicht einverstanden erklären konnten. In der Diskussion ergriff zuerst Kollege Dolanitz das Wort. Er führte u. a. aus, daß die Verkürzung der Arbeitszeit einen Gewaltakt gegen unser bornehmstes freies Recht bedeutet. Im weiteren kam der Betreffende auf die Beitragserhöhung, Schmälerung der Unterstützungen und Aufbesserung der Beamtengehälter zu sprechen. Hauptsächlich kam er die Herabsetzung der Unterstützungen mit der Gehaltserhöhung nicht in Einklang bringen, und findet darin eine Ungerechtheit den Mitgliedern gegenüber. Im gleichen Sinne äußerten sich die Kollegen Köhner, Siegen

und Oberschachtel. Nunmehr verlas Kollege Joh. Molitor eine Resolution, die jedoch bei der Abstimmung abgelehnt wurde. Kollege Köhner ergriff nochmals das Wort, um die Versicherung „Arbeiterpresse“, die zur Hälfte von Verbandsmitteln den Beamten gewährt wird, als nicht berechtigt zu bezeichnen. Kollege Blome versuchte die vorgebrachten Beschwerden zu widerlegen, was jedoch bei den Mitgliedern keinen Anklang fand. Zum 2. Punkt wurde nun die bevorstehende Tabaksteuervorlage vom Kollegen Blome erläutert, womit sich die Anwesenden einverstanden erklärten. In die Kommission wurden die Kollegen Köhner, Forke und Bog gewählt. Ebenfalls wurden 15 Mark aus der Lokalkasse bewilligt und an die Kommission zur Bekämpfung der Tabaksteuervorlage gesandt. Dann wurde Kollege Köhner als Delegierter gewählt.

Chemtoben. Am 26. November fand im Restaurant zum Martini eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung statt mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht von der Leipziger Generalversammlung; 2. Die Tabaksteuer und ihre Folgen. Als Referent war Kollege Anne aus Speyer erschienen. Vor allem mußte dieser bedauern, daß sich so wenige gefunden haben, die sich für diese wichtige Versammlung interessierten, denn die Versammlung war ziemlich schlecht besucht. Anne erklärte, daß unser Verband fast in Unterbilanz stehe und unter diesen Umständen nicht mehr so weiterarbeiten kann. Das Geld unseres Verbands wird hauptsächlich verwendet für Agitation, Kranken- und Unterstützungs-geldern. Zu wundern braucht man sich ja nicht über die vielen Krankheitsfälle, denn unsere spärliche Wohnung und Ernährung erzeuge Krankheit und frühzeitigen Tod. Anfangs glaubten wir hiesigen Kollegen, daß der Verband zu viel verlangte, bis wir durch die Erklärungen unseres Kollegen Anne zur Einsicht kamen, daß es unbedingt nötig sei, so vorzugehen und daß wir ihm treu zur Seite stehen wollen und ihn in allen Beziehungen kräftig unterstützen werden. Zu Punkt 2 sagte Referent, daß es jedem angelegen sein müsse, ob Fabrikant oder Arbeiter, Zigarren- oder Tabakhändler, da es im Interesse eines jeden liege, die Tabaksteuer zu bekämpfen. Weiter kritisierte Anne u. a., daß die Zentrumspartei, welche die stärkste im Reichstag ist, sich wahrscheinlich nicht scheuen werde, circa 40 000 Arbeiter rückwärts auf die Straße setzen zu helfen. Mit einer nochmaligen Ermahnung, daß wir dem Verbands treu bleiben sollen und unsere Schweißarbeit tun mögen, auch in der Agitation, schloß Anne seinen Vortrag.

Enger. Hier hat eine Protestversammlung gegen die Tabaksteuervorlage stattgefunden, in der folgende Resolution angenommen wurde: „Die von über 500 Personen, meistens Tabakarbeitern besuchte, im Kleinen Saale in Enger tagende Versammlung erklärt: Es ist das System der indirekten Steuern und Zölle auf die notwendigen Lebensmittel, wodurch die vielen hundert Millionen Ausgaben des Deutschen Reichs auf die schwachen Schultern der armen Leute abgewälzt werden, welches auch die immer wiederkehrenden Versuche der Reichsregierung, eine Mehrbelastung des Tabaks zu erlangen, verursacht. So gewiß aber der Tabak als Genussmittel entbehrlicher ist als das Salz, der Zucker, das Brot, das Fleisch, ebenso gewiß ist die Produktion der billigen Zigarren unentbehrlich für die Existenz von 160 000 deutschen Zigarrenarbeitern, darunter 10 000 in Minden-Ravensberg. Die Existenz dieser Zigarrenarbeiter wird durch die Tabaksteuervorlage der Regierung geradezu in Frage gestellt. Daher fordert die Versammlung vom Reichstag, daß er diese Vorlage ablehnt. Sie erwartet allerdings diese Ablehnung nicht von den konservativen Reichstagsabgeordneten, da diese an der entsetzlichen Ausbeutung des Volks durch die indirekten Steuern die Hauptschuld tragen.“

Freiberg. Am 27. November fand im Restaurant Padenmühl eine öffentliche Versammlung der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen statt. Kollege Bogarell-Dresden referierte über: Die geplante Tabaksteuer und deren Folgen. Der Redner führte aus, daß schon im Jahre 1893 die Regierung eine Fabriksteuer einführen wollte, sie wurde aber damals abgelehnt. 1895 kam abermals eine Tabaksteuervorlage, die dasselbe Schicksal teilte. Es blieb somit ein Zoll von 85 Mark für 100 Kilogramm bestehen, die Verbrauchsabgaben für inländischen Tabak betragen 45 Mark, die Einnahmen des Reiches im Jahre 1901/1902 zusammen 66,5 Millionen Mark. Nach der jetzt geplanten Steuer will die Regierung 40 Millionen Mark mehr herauszuschlagen. Die Folge davon würde sein, daß Tausende in der Tabakindustrie beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen brotlos würden, die Unternehmer werden noch mehr als bisher die Fabriken auf's Land verlegen, die Armenlasten würden bedeutend vermehrt. Jetzt solle vor allem auch die Zigarettenindustrie an die Reihe kommen durch Einführung einer Bandrollensteuer. Auf 2000 Blätter sollen 3 Mark Steuer kommen, und der Zoll auf Importen soll bedeutend erhöht werden. Die Folge würde sein, daß das Ausland Abwehrmaßregeln ergreift, und unser Export namentlich nach England stark zurückgehen würde. Der Redner erklärte, daß mit allen Kräften gegen die geplante Tabaksteuer protestiert werden müsse, da auf die ausschlaggebende Partei, das Zentrum, kein Verlaß sei. Eine Resolution, welche gegen jede Mehrbelastung in jeder Form energisch Protest erhebt, fand einstimmige Annahme. Der Vorsitzende weist noch darauf hin, daß allerorts, wo Tabakindustrie vorhanden sei, Kommissionen gebildet werden müssen, die den Kampf zu führen und das gewonnene Material den Kollegen im Reichstage zur Verfügung zu stellen haben. Es wird eine Kommission von sieben Mitgliedern, bestehend aus den Kollegen Mose, Keller, Böhm, Gründer, Vogelbacher, Memm und Frau Schmeier, gewählt. Als Vorsitzender dieser Kommission wurde Kollege Keller ernannt.

Hannover. Eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung tagte am 11. November im Ballhof in Hannover. Genossin Wadwiz-Dresden sprach über die Tabaksteuer! Zunächst schilderte Rednerin die Leiden der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen, ihre überaus lange Arbeitszeit, oft in den ungesündesten Räumen, überfüllt von Menschen und ohne jede Ventilation. Gerade unter den Tabakarbeitern und Arbeiterinnen werde Frevel an der Gesundheit begangen; bewiesen sei es durch die Krankentafeln einesteils, andernteils durch den Verband selbst, da er in den letzten zwei Jahren ungeheure Summen von Krankenunterstützung gegenüber der Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt habe. Die Tabakarbeiter haben noch den 12—14 stündigen Arbeitstag. Seit einem Jahrzehnt sei der Lohn zurückgegangen. In der ungeheueren Ausdehnung der Hausindustrie liege die Gefahr, daß Löhne und Behandlung noch schlechter werden, wenn nicht die Arbeiterinnen unseres Berufs durch ihre Organisation im Verband dafür sorgen, ein ernstes Wort allerwärts mit dem Unternehmertum zu reden. Die Zigarettenarbeiterinnen Hannovers sollten aus dem Kampfe ihrer Dresdner Kolleginnen lernen, was das Unternehmertum im Schilde führe, und sollten um sich ein festes Band der Organisation schlingen. Rednerin ging nun auf die schwere wirtschaftliche Schädigung durch die am 1. März 1906 in Kraft tretenden Handelsverträge ein und meinte, mit unserer heutigen Entlohnung in allen Industriezweigen könnte man den Wucherzöllen nicht begegnen. Dazu käme die Tabaksteuer, die allein eine Geißel für die in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sei. Durch die projektierte Steuer allein könnte, soweit es heute möglich ist, die Lage zu übersehen, der dritte Teil der Tabakarbeiter brotlos werden. Dieses müsse verhindert werden. Auf die bürgerlichen Parteien des Reichstags sei kein Verlaß. Alle, die in der gesamten Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen müßten ihre Stimme erheben gegen diese Ungerechtheit, die Arbeitslosigkeit und Hunger zur Folge hat. — Reicher Beifall dankte der Rednerin. Die Debatte deckte sich mit dem Referate. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Angesichts der Notlage der gesamten Tabakarbeiter und angesichts der enormen Verteuerung der Fleischnahrung, sowie im Hinblick auf die im nächsten Jahre beim Inkrafttreten des neuen Zolltarifs zu erwartende weitere Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel, protestiert die Versammlung auf das entschiedenste

gegen jede Besteuerung des Tabaks, gleichviel, in welcher Form und auf welche Sorten sie auch geplant sein möge. Die Versammlung beauftragt die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands, mit der Agitation so einzugehen, wie sie es für nötig hält, um in jeder Weise gegen die geplante Tabaksteuer Protest zu erheben. Im ferneren erheben die Tabakarbeiter Hannovers zugleich Protest gegen das in Deutschland bestehende System der indirekten Besteuerung. Sie fordern von der Volksvertretung die Beseitigung desselben, und erkennen eine Reichs Einkommensteuer als die einzig richtige an.“

Heilbronn. Am 19. November veranstaltete die hiesige Zahlstelle eine Feier zur Erinnerung der vor 15 Jahren erfolgten Gründung der hiesigen Zahlstelle. Den Gesang hatte in freundlicher Weise der Arbeitergesangsverein Hoffnung übernommen. Die Festrede hielt Kollege Wildemann aus Stuttgart. Er führte aus, daß die hiesigen Tabakarbeiter schon in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts eine Zahlstelle gegründet haben. Nach kurzem Bestehen ging sie jedoch wieder ein. Erst vor 15 Jahren kam wieder der Organisationsgedanke zum Durchbruch. Es wurde eine Zahlstelle gegründet. In kurzer Zeit waren circa 100 Mitglieder vorhanden. Durch Zwistigkeiten und andre Umstände ging die Mitgliederzahl derart zurück, daß 1895 nur noch vier Mitglieder vorhanden waren. Diese vier hielten die Zahlstelle aufrecht. Mit vieler Mühe und Aufopferung gelang es, die Mitgliederzahl bis heute wieder auf 84 zu bringen. Dieser Stand ist jedoch ein ganz ungenügender; wenn man bedenkt, daß hier und in der nächsten Umgebung über 300 Tabakarbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind. Wären die Tabakarbeiter in ihrer Mehrheit organisiert, dann wäre die Lage derselben eine bessere. Auch die Regierung würde es sich nicht immer wieder erlauben, unsere Brande mit Zollerhöhungen zu bedrohen. Wenn die jetzt wieder angekündigte Zollerhöhung vom Reichstag angenommen wird, werde die Lage eine noch schlimmere. Viele Tausende werden auf die Straße geworfen. Daher sei es Pflicht eines jeden in der Tabakindustrie Beschäftigten, energisch gegen diese Vorlage Stellung zu nehmen. Auch an die Reichstagsabgeordneten müsse man herantreten, man müsse sie auf die schädlichen Folgen einer Zollerhöhung aufmerksam machen. Geschehe dieses, dann würde wahrscheinlich im Reichstag diese Vorlage abgelehnt werden. Zum Schluß erwähnte er diejenigen, die heute dem Verbands noch nicht angehören, einzutreten, dann würden auch hier bessere Verhältnisse Platzgreifen. Für diese treffenden Ausführungen wurde ihm großer Beifall gezollt.

Holzhausen b. Pyrmont. Im Kreise Pyrmont hat nunmehr auch eine Protestbewegung gegen die neue Tabaksteuer begonnen. Am 18. November wurde in unserem Orte das Flugblatt gegen die Tabaksteuer verbreitet. Im Laufe dieser Woche hat eine Sammlung begonnen; von den Heimarbeitern hat sich ein Kollege an derselben nicht beteiligt, dagegen waren die Frauen, denen die Liste vorgelegt wurde, allesamt opferwillig, teilweise auf's höchste empört, daß die Regierung es wage, nachdem das Fleisch teurer geworden und der Zolltarif noch nicht in Kraft getreten ist, jetzt darauf auszugehen, uns den kümmerlichen Erwerb noch zu nehmen. Man sieht hier wieder, daß die Entschuldigung der Kollegen, wenn sie aufgefodert werden, dem Verband beizutreten, nicht stichhaltig ist: Die Frauen und Mädchen gehen doch nicht in den Verband. Hier sind Frauen opferwilliger wie Männer. Darum mögen die Kollegen erst mal den Anfang machen und dann die Kolleginnen auffären, wir glauben ganz bestimmt, daß der Erfolg nicht ausbleibt. Seht Ihr es denn noch nicht ein? Die Maurer haben durch ihre Organisation den Stundenlohn in einigen Jahren ungefähr um 10 Pf. erhöht; darum hinein in den Tabakarbeiterverband! Sonst wird unsre Lage immer noch schlechter. Des weiteren können wir den Kollegen mitteilen, daß in nächster Zeit Protestversammlungen im Kreise Pyrmont stattfinden werden und bitten schon jetzt, eine rege Agitation zu entfalten, damit kein Tabakarbeiter und keine Arbeiterin darin fehlt.

Jastrow. Am 6. November fand abends 8 Uhr eine gut besuchte öffentliche Tabakarbeiterversammlung im Lokale des Herrn Wäckermeisters Schmelting mit folgender Tagesordnung: 1. Die soziale Lage der Tabakarbeiter und die drohende Tabaksteuer; 2. Diskussion. Der Referent, Kollege Max Kiesel-Berlin, beleuchtete in eingehendster Weise die traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse der Tabakarbeiter, besonders der in der Hausindustrie beschäftigten Kollegen. Der Grund liege einstens in der Laubzeit derselben gegenüber der Organisation und zweitens in der fortwährenden Beunruhigung der Tabakindustrie durch die Regierung. Redner gab darauf einen historischen Rückblick in Bezug auf dieses und forderte zum Schluß auf, mit allen Kräften gegen die Erhöhung der Tabaksteuer zu wirken. Die darauffolgende Diskussion drehte sich hauptsächlich um die Ausführungen des Redners, sowie um die Stellungnahme des Delegierten zur Generalversammlung in Leipzig, der entgegen der Ansicht seiner Wähler für Beitragserhöhung gestimmt habe. Kollege Kiesel hob darauf in seinem Schlußwort hervor, daß die Arbeit der diesjährigen Generalversammlung einen Fortschritt für den Verband bedeute, und daß der größte Teil der Delegierten sich der besseren Einsicht nicht habe verschließen können. Er erwähnte die Kollegen, alle persönlichen Klänkeleien beiseite zu stellen und geschlossenen Schulter an Schulter gegen die Gefahr der Tabaksteuer zu kämpfen.

Schönlaube. Auf Grund einer in der letzten öffentlichen Tabakarbeiter-Versammlung angenommenen Protestresolution gegen die Erhöhung der geplanten Tabaksteuer fand am heutigen Tage eine Konferenz von Tabakarbeitern und Zigarrenfabrikanten statt, zu welcher auch der konservative Reichstagsabgeordnete Herr W. Zindler, Hauptmann a. D., für den 1. Wahlkreis, Regierungsbezirk Bromberg, geladen war. Letzterer war auch erschienen. Nach Eröffnung verlas der Vorsitzende, Kollege E. Geuer, die gefasste Resolution, worauf der Koll. Heising-Altona-Ottensen in kurzen Worten die schädigende Wirkung der im Jahre 1879 erfolgten Steuererhöhung darlegte. Schon damals sei eine gewaltige Arbeitslosigkeit der Kollegen in der Tabakindustrie vorhanden gewesen. Erst nach Ablauf verschiedener Jahre habe sich die Industrie auf Grund der erniedrigten Arbeitslöhne wieder erholt. Auf Grund der neuen Tabaksteuervorlage und der Finanznöte des Reichs, die gewaltige Mehreinnahmen notwendig machen, sieht sich die Reichsregierung veranlaßt, nach neuen Einnahmquellen umzusehen. Die Lösung ist: Der Tabak muß blühen! Sie will die Aufbringung der notwendigen Mittel für Heer und Marine auf die Schultern der breiten Massen wälzen. Hierauf geriet der anwesende Hauptmann a. D. W. Zindler in gewaltigen Zorn und redete das ganze über die Geschäftsordnung und meinte, das sei Politik und Politik habe nichts mit der Tabaksteuer gemein. Heising machte hierauf den Herrn Reichstagsabgeordneten auf parlamentarische Ordnung und Anstand aufmerksam, welches bei dem Herrn jedenfalls in Vergessenheit geraten sei. Redner ging dann auf verschiedene Statistiken des Tabakarbeiter-Verbandes sowie die Nachweise des verstorbenen Fabrikinspektors für Waden, Börschhofer, ein, aus dem die traurige Lage der Tabakarbeiter in erschreckender Weise zum Vorschein kam. Redner forderte die Anwesenden auf, energisch Protest einzulegen gegen jedwede Erhöhung auf Tabakprodukte aller Art. Des ferneren richtete er die direkte Anfrage an den konservativen Reichstagsabgeordneten Herrn W. Zindler, wie er sich zu einer Erhöhung der Tabaksteuer stelle. Hierauf erklärte Herr W. Zindler, daß die Lage der Tabakarbeiter keine rosige sei, jedoch sei dieses oft die Schuld der eigenen Industrie, weil sie im Konkurrenzkampf sich immer mehr im Preise unterbiete. Er habe nichts dagegen, wenn die Arbeiter auf gesetzlichem Wege und mit gesetzlichen Mitteln ihre Lage verbesserten. Zu bedenken sei aber auch, daß die Landarbeiter viel schlechtere Löhne verdienen, welche bedeutend schwerere Arbeit leisten müßten. Bezüglich der Erhöhung von Steuern auf Tabak sei er der Meinung, daß der inländische Tabak hoch genug, wenn nicht zu hoch besteuert sei; dagegen könne aber der ausländische Tabak noch eine Erhöhung vertragen,

Geising ging jetzt recht scharf mit Herrn Zindler ins Gericht und fürchte den Anwesenden recht klar vor Augen, was sie von ihrem Vertreter im Reichstage zu erwarten hätten. Er hoffe, daß die Wähler auf Grund der Stellungnahme des Herrn M. Zindler ihm bei der nächsten Reichstagswahl den gebührenden Denzettel geben werden, und statt seiner einen Sozialdemokraten in den Reichstag wählen. Hierauf ergriß der Herr Reichsbote, voller Mut entbrannt, das Hakenbanner. Die Entrüstung ob seines Verhaltens machte sich auch unter den anwesenden Fabrikanten und deren Stellvertretern bemerkbar.

Hierauf fand eine Mitgliederversammlung der Zahlstelle Schönlande statt; zunächst erstattete Kollege Geising Bericht über die vorausgegangene Konferenz und kritisierte hierbei das Verhalten des Reichstagsabgeordneten M. Zindler. Dieser Kritik schloß sich die Versammlung an und brachte ihren Unwillen durch laute Pfuihrufe zum Ausdruck. Redner geht dann auf die von einigen Kollegen beabsichtigte Gründung einer christlichen Sonderorganisation ein und erklärte, daß solche Zersplitterung und Sonderbinderei nur dem Unternehmertum zum Nutzen und den Arbeitern zum Schaden gereiche; deshalb sei es notwendig, den Gedanken der Einigkeit und Zusammengehörigkeit in einer Organisation und zwar im Deutschen Tabakarbeiterverband zu propagieren. Bezüglich der Differenzen in Lohn- und Arbeitsangelegenheiten meint Redner, daß nichts unberücksichtigt bleiben müsse, um auf dem Wege der Unterhandlung, wenn es möglich sei, die Sache zugunsten der Kollegen und Kolleginnen beizulegen; deshalb sei es notwendig, den Gang der Verhandlung abzuwarten; nach Beendigung derselben werde abermals eine Versammlung stattfinden, in der Bericht erstattet werde. Dann erst solle eine Beschlusfassung über die einzunehmenden Maßnahmen getroffen werden; diesem schloß sich die Versammlung an und stimmte in ein vom Vorsitzenden ausgebrachtes Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiterverband ein.

Striegau. Am 15. November fand im Gasthof zur Bierquelle eine öffentliche Tabakarbeiter-Versammlung statt, welche von 200 Personen besucht war. Die Tagesordnung lautete: 1. Die drohende Tabaksteuererhöhung; 2. Wahl einer Kommission; 3. Verschiedenes. Zum ersten Punkte hatte Reichstagsabgeordneter A. Kühn = Rangenhilau das Referat übernommen. Vortragender wies nach, wie man die Tabakindustrie seit den siebziger Jahren fortwährend beunruhigt und mit Steuern belegt hat und erntete für seine Ausführungen großen Beifall. In der Diskussion erwähnte Kollege Bänisch die Anwesenden, welche noch nicht dem Verbandsangehörigen, dies nach der Versammlung zu tun. Des Weiteren führte Kollege Bänisch den Anwesenden vor Augen, wie notwendig es sei, sich dem Verbandsangehörigen. Auch wies er auf die politische Organisation hin; es müsse Pflicht eines jeden sein, die sozialdemokratische Partei zu unterstützen. Denn wenn alle Arbeiter und Arbeiterinnen ihre Schuldigkeit getan hätten, wäre der konservative Reichthofen nicht gewählt worden, sondern unser Genosse Feldmann; dieser hätte dann ohne weiteres im Reichstage eine Tabaksteuer abgelehnt. Reichthofen wird aber, wie zu erwarten ist, den Tabak zu einer höheren Steuer heranziehen helfen und die Folge wäre, daß Hunderttausende von Arbeitern in der Tabakbranche brotlos würden. Kollege Bänisch hatte den edlen Freiherrn eingeladen, derselbe hätte es aber borgezogen, nicht zu erscheinen, und zwar mit der Motivierung, der Entwurf läge ja dem Reichstage noch nicht vor usw. Dann wurde noch einmal auf die Schwachen Fabrikverhältnisse eingegangen. Zum Schluß wurde noch eine Kommission gewählt, und zwar die Kollegen Bänisch, Giesmann, Großer, Heine und Brig. Dieser soll mit den Berliner Kollegen in Verbindung treten zur Bekämpfung der Tabaksteuer. Eine Resolution, die jede Form der Besteuerung des Tabaks verurteilt, wurde einstimmig angenommen. Dieselbe soll dem Reichstage überhandt werden.

Briefkasten.
Schönlande. Bericht ging zu spät ein, auch diesmal wieder. **Heilbronn.** Es ist nicht möglich, das Gewinnscheit zu beschaffen. Soweit ich mich entsinne, unterstützten seine Aussagen die des Prinzipals. **Gruß!**
M. B., Dresden = Vöbtau. Gewiß, schicken Sie nur das Manuskript. **Gruß!**

Gaukonferenz des 3. Gaus
(umfassend die Orte: Braunschweig, Aldehausen, Münchhof a. S., Helmstedt, Seesen a. Harz, Wolfenbüttel, Verburg, Dejsau, Neundorf, Zerbst, Burg b. Magdeburg, Erleben - Uhrsleben, Genthin, Halberstadt, Magdeburg, Stendal, Tangermünde, Wernigerode, Freben, Goslar a. Harz, Groß-Rhüden, Hildesheim, Peine, Hannover, Celle, Wandersheim, Herzhäusen und Klausthal).

Montag, den 25. Dezember 1905, vormittags 10 Uhr, findet im Saale des Herrn Vollmann, Halberstadt, Vakenstr. 63, die Konferenz des 3. Gaus statt.

Tagesordnung: 1. Die Reorganisation des Verbandes. Referent: Emil Burgold, Braunschweig. 2. Agitation und Organisation. 3. Verschiedenes.
Jeder Ort muß vertreten sein! Zahlstellen bis 100 Mitglieder wählen 1 Delegierten, über 100 deren 2. Sämtliche Delegierte haben sich ein Mandat von den Bevollmächtigten ausstellen zu lassen. Etwaige Anfragen sind an den Gauleiter Emil Burgold, Braunschweig, Neue Knochenhauerstraße 37, zu richten.

An die Zahlstellen des 4. Gaus.

Montag, den 25. Dezember d. J., vormittags 11 Uhr, findet in Nordhausen eine Konferenz im Lokal Zur Stadt Berlin, Schreiberstraße 10, mit folgender Tagesordnung statt:

1. Bericht der Delegierten über die Verhältnisse der Tabakindustrie in den einzelnen Orten.
 2. Die bevorstehende Tabaksteuererhöhung und ihre Gefahren für die in der Tabakindustrie Beschäftigten.
 3. Wie ist die Agitation einzurichten zur Bekämpfung derselben?
 4. Sonstige Angelegenheiten.
- In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es unbedingt notwendig, daß jede zum 4. Gau gehörende Zahlstelle einen Delegierten entsendet. Derselbe muß die Tabakarbeiterverhältnisse an seinem Orte und dessen Umgegend genau kennen, um einen ausführlichen Bericht geben zu können. Der Bericht soll sich erstrecken: Wieviel Tabakarbeiter sind am Orte, männliche und weibliche? Wieviel Rauch-, Kau-, Schnupstaba-, Zigaretten- und Zigarrenarbeiter? Wieviel gehören dem Verbands an? Die Lohnverhältnisse, sowie die Behandlung der Arbeiter. Die Namen der Firmen, sowie Filialen.

Die Delegierten mögen, um die Geschäfte der Konferenz zu erleichtern, vorstehende Fragen schriftlich bearbeiten und dem Bureau übermitteln. Zur Ergänzung diene dann der mündliche Bericht.

Kollegen und Kolleginnen! Nehmt unverzüglich die Delegiertenwahlen in Mitgliederversammlungen vor. Die Unkosten trägt die Verbandskasse. Es wird dringend ersucht, pünktlich zu erscheinen.

Die Delegierten müssen sich zur Legitimation ein Mandat, von der Ortsverwaltung unterzeichnet, ausstellen lassen. Am Bahnhof werden die Delegierten in Empfang genommen durch Kollegen, die an einem roten Abzeichen im Knopfloch zu erkennen sind.

Nordhausen, Frauenberger Striege 9.
J. A.: Ferd. Gufung,
Alle Anfragen bezüglich der Konferenz sind zu richten an Ferd. Gufung.

Gaukonferenz des 11. Gaus.

Sonntag, den 17. Dezember, vormittags 11 Uhr, findet im Fivoli zu Erfurt, Magdeburger Straße Nr. 51, die Konferenz des 11. Gaus statt.

- Tagesordnung:**
1. Die Reorganisation im Deutschen Tabakarbeiterverband. Referent: D. Wiefen.
 2. Agitation und Organisation.
 3. Die drohende Tabaksteuer und ihre Gefahr für die Tabakarbeiter. Referent: F. Schnell.

Wir ersuchen nunmehr die Zahlstellen: Koburg, Böhmed, Salzungen, Masungen, Alpolza, Buttstädt, Münchenbernsdorf, Altenburg, Eisenberg, Kahla, Nafthausen, Pölzig, Ronneburg, Schmölln, Wintersdorf, Greiz, Gera, Erfurt, Brottrode und Liebschwitz, je einen Delegierten zu wählen. Sämtliche Delegierte haben sich mit einem Mandat zu versehen. Die Bevollmächtigten haben Versammlungen einzuberufen, um die Delegiertenwahlen vorzunehmen. Auch haben die Delegierten sich mit dem einschlägigen Material über die Zahl der beschäftigten Arbeiter, Löhne, Arbeitszeit und Heimarbeit usw. zu versehen.

Kollegen mit roten Schleißen werden die Delegierten am Bahnhof empfangen. Alle diesbezüglichen Mitteilungen sind an den Unterzeichneten zu richten.

Für die Gauleitung:
D. Wiefen, Blücherstraße Nr. 46.

Vereinstell.

Zentral-Kranken- und Sterbelasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftstotal: **Hamburg-Blumenhof**, Mozartstr. 5, I.
Ausschuß: D. Sidow, Brandenburg a. S., Kurze Straße 3.
Schiedsgericht: Th. Jungbluth, Hamburg, Antelmstr. 10.

Eingegangen: Hamburg 200 M., Duisburg 75 M. — Sterbelasse: Duisburg 759 M.
Zuschüsse: Blotho 50 M., Pojen 25 M. — Krankengeld: 22 M.
Hamburg, den 4. Dezember 1905. **F. Otto.**

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Marktstr. 18, II.

Bekanntmachung.
Ein Kollege, namens **Ernst Pausch** aus **Steinach**, will in Löhne in den Verband aufgenommen worden sein und gibt in Griesheim an, sein Buch wäre ihm in Frankfurt a. M. durch einen August Krammerer aus Blotho entwendet worden. Die letzte Arbeitslosenunterstützung will er in Braunschweig erhoben haben. Da nun von Pfungstadt ebenfalls der Diebstahl eines Buches gemeldet wird, wo der Bestohlene seinen Namen wie folgt angibt: Ernst Pausch aus Lauscha i. Thür. (seine Buchnummer soll sein Ser. I, 2344), so liegt die Vermutung nahe, daß man es hier mit einem Vorkauf zu tun hat, um sich auf bequeme Art in den Besitz eines Mitgliedsbuches zu bringen. Die Bevollmächtigten, die über obgenannte Person Angaben machen können, werden darum gebeten, dies zu tun. Im weiteren ersuchen wir dieselben, kein Buch auszustellen und das gestohlene Buch im Vorzeigungsfalle zu konfiszieren und einzuliefern.
Bremen. Der Vorstand.

Zur Gau-Einteilung.

In einer gemeinschaftlichen Sitzung des Vorstandes und Ausschusses, die am 23. November d. J. stattfand, wurden zu befohlenen Gauleitern gewählt:

Wilhelm Schlüter jr. = Reghe für den 5. Gau, **Franz Schnell** = Erfurt für den 7. Gau, **Johs. Krohn-Pinneberg** für den 8. Gau und **Max Clement-Dresden** für den 14. Gau.

Außerdem wurde beschlossen, den Sitz des Gauleiters für den 5. Gau nicht nach Minden, sondern nach Bielefeld zu verlegen. Die befohlenen Gauleiter werden möglichst bis zum 1. Januar 06 nach ihrem Bestimmungsort übersiedeln und mit ihrer Tätigkeit beginnen. Als Gauleiter sind ernannt resp. gewählt und fungieren:

1. Gau: Sitz: **Hamburg-Altona-Ottensen** — —
2. Gau: Sitz: **Bremen**, Chr. Blome, Bremen, Oberstr. 64.
3. Gau: Sitz: **Braunschweig**, Emil Burgold, Braunschweig, Neue Knochenhauerstr. 37, II.
4. Gau: Sitz: **Nordhausen**, Ferd. Gufung, Nordhausen, Frauenbergerstraße 9.
5. Gau: Sitz: **Bielefeld**, Wilh. Schlüter, Siedemannstr. 13, II.
6. Gau: Sitz: **Köln a. Rh.**, Ludw. Klein, Köln a. Rh., Heinrichstraße 10, II.
7. Gau: Sitz: **Hannau**, Franz Schnell, zurzeit noch in Erfurt, Johannesstr. 89.
8. Gau: Sitz: **Speier**, Johs. Krohn, zurzeit noch in Pinneberg, Gmsharner Straße.
9. Gau: Sitz: **Offenburg**, Peter Haberer, Offenburg, Gerberstr. 3.
10. Gau: Sitz: **Stuttgart**, Jos. Wildemann, Stuttgart, Redarstraße 188.
11. Gau: Sitz: **Erfurt**, D. Wiefen, Erfurt, Blücherstr. 46, II.
12. Gau: Sitz: **Leipzig**, Rich. Dallügge, Leipzig-Neuditz, Mühlstraße 32, part.
13. Gau: Sitz: **Dresden** — —
14. Gau: Sitz: **Dresden**, Max Clement, zurzeit noch in Dresden, Marktgrafenstr. 36, Hinterh.
15. Gau: Sitz: **Berlin**, Max Kiesel, Berlin, Logenstr. 78, IV.

Im 1. Gau steht die Wahl des Gauleiters bevor, während die Mitglieder in Dresden es ablehnen, für den 13. Gau einen Gauleiter dem Vorstande zur Bestätigung vorzuschlagen. Beharren die Mitglieder in Dresden auf ihrem Beschluß, dann wird der Vorstand im Interesse einer geordneten Fortentwicklung unseres Verbandes sich genötigt sehen, einen anderen Ort zu bestimmen, der einen Gauleiter vorzuschlagen resp. zu stellen hat, damit in einheitlicher Weise die Tätigkeit für den Verband und somit für die gesamten Tabakarbeiter Deutschlands aufgenommen werden kann.

Der Ausschuss — Der Vorstand des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes.

Vom 21. November bis 4. Dezember 1905 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:			
20. November, Brud.	50.—	27. Koppelmühle, B. Klose	1.55
21. Altona a. S.	600.—	27. Geilshain	40.—
21. Neufeldstr.	20.—	27. Schwedt a. D.	100.—
22. Burgsteinfurt	200.—	28. Mustau	50.—
24. Waldheim	100.—	28. Wippen	100.—
25. Berlin	800.—	28. Breslau	300.—
26. Griesheim	30.—	29. Pfungstadt	300.—
27. Ersterwerda	15.—	29. Klein-Werther	50.—
27. Hamburg	400.—	1. Dezember, Neumarkt	100.—
27. Raunhof	17.45	2. Schönec	30.—
27. Dittenen	400.—	3. Alchim	400.—

B. Für Protokolle der Generalversammlung:
26. November, Herzheim, B. Eichenlaub — 30
Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiermit den Kollegen in Erinnerung gebracht.
Etwaige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.

Ersuche die Herren Abwesender, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind.
Bremen, den 4. Dezember 1905. **B. Nieder-Weland**, Kassierer.

Vom Vorstande sind ernannt:

Für **Dietshausen**: Philipp Alois Heinz als Bev., Karl Heiz als 2. Bev., Gustav Singer als 3. Bev.; Josim Ort, Johann Biehmann als Kontrollreue.
Für **Klein-Werther**: Herm. Böttcher als 1. Bev.
Für **Neuhäusen (Eibe)**: Gottfried Schulz, Otto West als Kontroll.
Für **Oberhausen**: Anton Vertuhl als 2. Bev.; Friedr. Jungmann als Kontrollreue.

Provisorisch aufgenommen sind:

Anna Hilgenreiner, Lina Feicht, Anna Ferstl, Anna Dirckel, Anna Kunzweiler aus München, Theres Maier aus Niederhaglosen, Marie Kiehl aus Leutershausen, Adelheid Kirchmaier aus München, Marie Panzer aus Ingolstadt, Cili Pieger aus Casperzell, Frida Ruff aus Nürnberg, Rosa Schnellbögl aus Regensburg, Anna Scheuer aus Jfen, Marie Schlamert, Johanna Stod, Sophie Riß aus München, Babette Panzer aus Ingolstadt, Marie Zeller aus München, Minna Ulrich aus Dippoldiswalde, Minna Gungelmann aus Schönreit, Josepha Kiehl, Marie Lohner aus München, Lotte Schmid, Rosa Lieberth aus Bamberg, Cili Wizinger aus Dingolfing, Mathilde Lufnagel, Eugenie Hufnagel aus München, Fanni Binkhofer aus Lettenweis, Käthi Hartl aus München, Babette Kellner aus Langenbach, Fanni Kolb, Marie Pieger aus München, Marg. Pieger aus Greißheim, Fanni Lohwasser aus Neustadt, Hedwig Kattner, Marie Kattner aus Passau, Emilie Lambert aus Wien, Toni Kahn aus ?, Josepha Kolneheuz aus München, Rosa Kraber aus ?, Sch. Brauer aus ?, Käthi Luer aus Salzbürg, Marie Medis, Marie Wittermüller aus München, Walli Hafner aus Neuberg, Theres Kahl aus Jßmanningen, Cili Margopruska, Emma Conrazo, Fanni Bogopolka aus ?, Alois Thurmblöcher aus München, Pauline Banholzer aus Oberoderwitz, Viktor Schachermaier aus Gern, Rosa Mayerle, Elise Kiehl aus München, Anna Merl aus Mering, Marie Frank aus Pitt, Marie Wagenjoner aus Ergoldsbach, Anna Bierl aus München, Theres Pirner, Marie Ruffbaum, Marie Wader, Marie Vogelberger, Marie Bracher aus Untergrafenje, Marie Gertner, Marie Heiberer, Marie Bruner, Marie Keller, Marie Maier, Theres Jauffer, Theres Doblinger, Theres Ender, Theres Hüttner, Theres Schönberger, Theres Hajner, Theres Schwab, Rosalie Hüttner, Rosalie Jager, Anna Siedler, Anna Feuberjchel, Anna Huber, Anna Koll, Anna Schwegler, Anna Ottenberger, Anna Abendstein, Käthi Lang, Käthi Gleisner, Käthi Niedermaier, Käthi Raucher, Babette Gschwenter, Babette Kellner, Th. Obergensberger, Rosina Kolber, Emilie Hochbauer, Elise Niedermaier, Susanna Zirnhuber, Walli Stuber, Ottilie Schneider, Matth. Ruhlund, Marg. Hajner, Fanni Ottenberger, Rosa Webel, Fanni Birrigl, Marie Mathäus, Marie Steiter, Marie Kirchmaier, Marie Bauna aus München. (223)

Johanna Fiebig aus Oltau. (248)
Moriz Urbach aus Amsterdam, Kornelius Eggenberger aus Haag, Arnel Koopmanschap aus Nymegen, Kornelius Klein aus Emmerich. (254)

Mag Hofmann aus Sorntz bei Weissen. (211)
Heinr. Seidt, Heinrich Gerlemeyer aus Oberbergen, Karl Paale, Fritz Schildmeyer, Heinr. Niedermode, Karl Niedermode, Wilhelm und Artur Kornig, Heinr. Marten, Wilh. Prißner, Karl Redeker, Ferdinand Lange, Fritz Hasemeyer, Karl und Fritz Giebelmann aus Niederbergen, Karl Duff, Karl Giebelmann, Julius Rittelmeyer aus Rehme, Wilhelm und Karl Wiffening aus Dehme. (289)
Frau Emma Venkner geb. Labe aus Peterswalbau. (206)
Ernst Leonhardt aus Zeitz. (379)
Karl Schade aus Scherlin a. W. (j. R.). (317)
Gustav Seegeler aus Freibürg i. Schl. (33)
Georg Müller aus Neuborf, Wilh. Winkler aus Barel, Karl Spinler aus Oldenburg, Jan Diet aus Ude Pella. (355)
Richard Adam, Minna Adam aus Nordhausen, Auguste Borck aus Groß-Werther bei Nordhausen, Johann Friedr. Wilh. Ditting aus Wallerbrück. (156)
Emma Lohan aus Halberstadt (j. R.), Herm. Bogeley aus Hüttenrode a. S. (138)
Margarete Schön aus Breslau. (36)
Wilh. Hertel aus Schwerin a. W. (317)
Karl Engel aus Tangermünde (j. R.). (207)
Wilh. Lemke aus Hahlen i. Westf. (j. R.). (205)
Aug. Deppe aus Westf.-Enger, Johanne Kuhlmann aus Spenge. (327)
Karl Schnabel aus Bitterfeld. (303)
Hugo Thomas aus Werkeburg. (162)
Wilhelm Bräuer aus Falkenberg, Margarete Pforner, Magdalena Spahn aus Klein-Steinheim, Elise Ebert aus Büchel. (178)
Marie Gieschuchna, Rosina Passauer, Else Ritsche, Martha Sid aus Brieg. (38)

Berichtigung. In Nr. 48 des Tabak-Arbeiter muß es unter „Provisorisch aufgenommen sind“ heißen: Wilha Weinhard aus Hapersdorf (nicht Hagersdorf), Ferdinand Strobel, Richard Brüggbor aus Gera. (124) — In Nr. 49 muß es heißen: Jakob Grünig (statt Grünert). (277)

Etwaige Einwendungen gegen die provisorisch aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen.

Bremen. Der Vorstand.

Arbeitslosenunterstützung wird ausgezahlt:

In **Oberhausen** (Rhd.): Bei G. Stahlmann in Alftaden bei Oberhausen, Grenzstraße 31, An Wochentagen von 12—1 Uhr mittags und 8—9 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 11—1 Uhr mittags.

Adressenänderung:

Für **Oberhausen** (Reg.-Bez. Düsseldorf): Der 1. Bev. G. Stahlmann wohnt in Alftaden b. Oberhausen (Rhd.), Grenzstr. 31.

Mitgliederversammlungen.

(Mitglieder, besucht Euer Versammlungen zahlreich!)
In **Hunnebrod** b. Wünde: Sonntag, den 10. Dezember, im Lokal des Herrn Erdbrügger in Hunnebrod. Tagesordnung wird daselbst bekannt gegeben. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**
In **Leisnig**: Montag, den 11. Dezember, abends 1/9 Uhr, bei H. Heyde. — Zahlreiches und pünktliches Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig. J. A.: **Der Vertrauensmann.**
In **Spenge**: Sonntag, den 10. Dezember, nachmittags 2 Uhr, bei Gastwirt Lippelmann, Westf.-Enger. Tagesordnung: 1. Gehung der Beiträge. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Verschiedenes. — Um pünktliches Erscheinen wird gebeten. Kollegen, die nicht dem Verbands angehören, sind sehr willkommen. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Chemnitz**: Dienstag, den 12. Dezember, abends 9 Uhr, öffentliche Tabakarbeiter und Interessentenversammlung im Schützenhaus, Schützenstraße. Tagesordnung: 1. Die geplante Tabaksteuererhöhung. 2. Verschiedenes. — Das Erscheinen sämtlicher Tabakarbeiter und Arbeiterinnen ist dringend nötig. **Der Stabsrufer.**

In **Neudamm**: Donnerstag, den 14. Dezember, öffentliche Versammlung im Lokal des Herrn Paul Schäfer, Wilhelmstraße 8. Tagesordnung: 1. Die Tabaksteuererhöhung der Regierung und ihre Bekämpfung. Referent: Franz Schmidt-Berlin. 2. Diskussion. — Nichtmitglieder, sowie Interessenten der Tabakindustrie sind willkommen. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Finstertal**: Sonnabend, den 16. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, öffentliche Tabakarbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung im Gesellschaftshaus, Raumborf. Tagesordnung: 1. Die Tabaksteuererhöhung und ihre Bekämpfung. Referent: Max Kiesel-Berlin. Die Versammlung beginnt Punkt 1/8 Uhr. J. A.: **Der Vertrauensmann.**

Gewerkschaftliches.

Bolgaft. Die Lohnstreitigkeiten bei der Firma Rastow sind zugunsten der Arbeiter mit einem vollständigen Erfolge beendet und ist der Zugang für Tabakspinner wieder frei.

Wieda i. Thür. Bei der Firma Trabisch sind Lohn-differenzen ausgebrochen und wird vor Zugang gewarnt.

Senftenberg. Wegen ausgebrochener Lohn-differenzen in der Fabrik Junghans ist die Sperre verhängt und deshalb der Zugang fernzuhalten.

Schönlank. Der Zugang ist fernzuhalten, da in 6 Betrieben die Arbeiter in einen Lohnkampf verwickelt sind, woran circa 160 Personen beteiligt sind.

Kreischa (Bezirk Dresden). Die Arbeiter bei der Firma Martin sind in einem Lohnkampf begriffen und wird auch hier um Fernhaltung des Zugangs gebeten.

Berichte.

Goch. Eine von annähernd 500 Tabakarbeitern und Inter-essenten besuchte Volksversammlung, fand am 26. November statt, um Stellung zu nehmen gegen die bevorstehende Tabaksteuer-erhöhung. Arrangiert war dieselbe von einem großen Teil Gocher Tabakarbeiter, welche ihre Einwilligung durch Unterschrift ge-geben hatten. Das Lokalkomitee übergab die Leitung der Ver-sammlung dem Kollegen Klein-Köln. Derselbe machte bekannt, daß Herr Dr. Marcour, Reichstagsabgeordneter dieses Kreises, eingeladen sei, aber durch ein Schreiben kundgegeben habe, daß er verhindert sei, der Versammlung beizuwohnen. Im weiteren wurde richtig gestellt, daß die Versammlung nicht vom „christ-lichen“ Tabakarbeiterverband einberufen, wie es in einer Zeitung heißt, sondern wie oben angegeben. Ein Vorwurf gegen die Kommission kann nicht erhoben werden, weil sie schuldlos ist. Es liege ein Irrtum der Redaktion vor. Klein erklärte weiter, daß je dem unbefristete Redezeit zugesichert würde. So-fort versuchte, trotzdem freie Diskussion zugesichert war, ein Teil der Versammlung, dieselbe illusorisch zu machen. Das Zentral-vorstandsmitglied des christlichen Tabakarbeiterverbandes, Vogt, wollte wissen, wer der Einberufer sei, obige Bekanntmachung ge-nüge ihm nicht. Er stellte fest, die Einberufung sei vom sozial-demokratischen freien deutschen Tabakarbeiterverband erfolgt, des-halb fordere er die christlichen Arbeiter auf, mit ihm das Lokal zu verlassen. Der Vorsitzende erklärte diesen Standpunkt als recht kleinlich, es kämen bei der Tabaksteuervorlage doch auch die Interessen der christlichen Arbeiter in Betracht. Hauptsache sei, daß die Protestbewegung einen einheitlichen Charakter annimmt, deshalb könne jedem gleichgültig sein, welche Person der Ein-berufer ist. Keiner von den sehr zahlreich Erschienenen, Galerie, Treppen sowie Gänge waren überfüllt, verließ das Lokal. Nun brach, wie auf Kommando, ein Tumult los; man glaubte von ge-wisser Seite die Versammlung auf diese Art zu sprengen. Der Vorsitzende ersucht die Versammelten, sich ruhig zu verhalten, sollte jemand anderer Meinung als der Referent sein, so möge er sich ruhig zum Worte melden. Das Verhalten eines Teils der Versammlung zeugte von keiner Ueberzeugungsstärke seiner Sache.

Nachdem die Ruhe wieder hergestellt, sprach als erster Redner N. Faure. Er schilderte die Entwicklung der Tabaksteuervorlagen seit dem Jahre 1856. Alle diese Verunthigungen hatten zur Folge, daß Kummer und Elend bei den in der Tabakindustrie Beschäftigten einkehrten. Im Jahre 1879, als die Steuer von 2 Mk. auf 45 Mk. und der Zoll von 24 Mk. auf 35 Mk. gesetzt wurde, trat eine ungeahnte Krise ein für die Tabakarbeiter sowie die verwandten Berufe. Allein 15 000 Tabakarbeiter wurden brotlos; Lohnreduzierungen traten ein. Deshalb ist heute nicht zu verwundern, daß der Durchschnittslohn eines deutschen Tabak-arbeiters nach den Rechnungsergebnissen der Berufsgenossenschaft im Jahre 1902 nur 519 Mk. betrug. Sollte die jetzt soweit bekannte Vorlage Gesetz werden, so würde die Existenz des deut-schen Tabakarbeiters vollständig ruiniert. Deshalb müßte alles getan werden, um das Vorhaben der Regierung zu durchkreuzen. Das ungerechteste aller Steuer-systeme ist das der indirekten Be-steuerung, weil es die ärmere Bevölkerung am härtesten trifft. Redner kritisiert die Besteuerung der Lebensmittel sowie die Ursache, warum die Regierung um weitere Steuerquellen sich be-müht, hauptsächlich die ins unermessliche gestiegenen Ausgaben für Heer und Marine. Auch dazu habe der Abg. Dr. Marcour beigetragen, der für die Militärvorlage gestimmt habe. Unter allen Umständen müßten die Volksvertreter auf die Gefahren aufmerksam gemacht werden, damit sie gegen jegliche Besteuerung des Tabaks stimmen. Redner kennzeichnet das Verhalten der einzelnen Parteien im Reichstage bei den früheren Tabaksteuervorlagen. Hoffen wir, daß auch der jetzige Protest von Erfolg gekrönt wird, indem die Vorlage zu Fall gebracht wird. (Beifall.)

Folgende Resolution wurde mit zur Diskussion gestellt: „Die am 26. November 1905 in Goch im Hotel Zentral statt-findende Versammlung der Tabakarbeiter und Tabakinteressenten erkennt in der geplanten Mehrbelastung des Tabaks eine Maß-nahme, die geeignet ist, Tausende und Aber-tausende Arbeiter brotlos zu machen und viele andere Existenzen zu-grunde zu richten. Zugleich würden dadurch die Gemeinden in-unberantwortlicher Weise belastet, indem die Armen-unterstützung ins unermessliche sich steigern müßte. Die Versammlung ist überzeugt, daß die Mehrbelastung nur deshalb in Aussicht genommen ist, weil durch die ungeheure Steigerung der Lasten für den Militarismus und Marinismus immer neue Steuerquellen eröffnet werden müssen. Sie beurteilt diese unaufhörlichen Krüftun-gen, in denen sie keine Gewähr für den Frieden erblickt, ebenso scharf, wie die Belastung des Tabaks und andere Konsum- und Bedarfsartikel. In Erwägung, daß die Mehrbelastung des Tabaks außer der Brotlosmachung tausender Existenzen die Ausbreitung der all-gemein schädlichen Schararbeit fördert, die Herabdrückung der Arbeitslöhne begünstigt und somit Not und Elend zur Folge hat, ersucht die Versammlung die Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften, insbesondere den Abgeordneten des Kreises Cleve-Geldern, Herrn Dr. Marcour, gegen jede, wenn auch noch so ge-ringe Mehrbelastung des Tabaks zu stimmen. Die Versammlung betrachtet alle diejenigen Abgeordneten, die ihre Hand zur weiteren Belastung des Tabaks, sowie jeder indirekten Steuer bieten, als Verräter an den Interessen des Volks.“ Herr Vogt vom christlichen Verband polemisierte als erster Diskussionsredner gegen die Art der Einberufung der Versamm-lung. Mit den Ausführungen des Referenten sei er einverstanden. Die Resolution sei aber zu weitgehend und er bitte um Ableh-nung. Die christlichen Arbeiter könnten für dieselbe nicht stimmen. Er empfiehlt seine Resolution, welche nur Bezug nahm auf die Ablehnung der Tabaksteuervorlage. Redner versuchte die An-wesenden grüßelig zu machen durch das Herumwerfen der Worte Sozialdemokrat und Sozialdemokratie, die Arrangements dieser Versammlung seien Sozialdemokraten. Man möge doch Farbe

bestimmen. Er bedaure sehr, daß heute die christlichen Gewerk-schaften nicht angegriffen worden, wie sonst üblich.

Ein Fabrikant konnte auch nicht begreifen, wie die Versamm-lung zustande gekommen; er nahm den Abgeordneten Dr. Marcour in Schutz wegen seines Nichterscheinens. Die Zeit der Einladung sei zu kurz gewesen, im übrigen hätte er auch keine Verpflichtung, in einer von „sozialdemokratischer“ Seite einberufenen Versamm-lung zu erscheinen. Daß Dr. Marcour geantwortet, sei sehr nobel, er hätte es nicht gemacht. Wenn das Wahlkomitee des Zentrums ihn rufe, sei er bestimmt zur Stelle. Vorläufig könnten die Gocher ihre Angelegenheiten selbst regeln, brauchten keine fremden Bevormunder. Die christlichen Arbeiter seien beim Zentrum gut aufgehoben.

Klein führte aus: Gewisse Kreise, auch ein Teil der Tabak-arbeiter, meine, daß die Verhältnisse noch nicht so gefährlich be-züglich der Tabaksteuervorlage seien. Dem sei aber nicht so; man bedenke nur, wie hartnäckig die Regierung festhalte an der wei-teren Besteuerung. Trotzdem im Jahre 1895 eine Petition mit über 1 Million Unterschriften der Regierung überreicht wurde gegen jede weitere Besteuerung, tauche heute wieder eine Vor-lage auf. Der Fabrikantenverein hatte damals die arbeitslos werdenden Tabakarbeiter auf 30—35 000 geschätzt. Die heutige Vorlage, welche 40—45 Millionen Mark jährlich mehr einbringen soll, würde die Zahl der Arbeitslosen ebenso hoch steigern. Durch die Verteuerung der Ware würde der Konsum zurückgehen, das beweisen unsere Nachbarstaaten, außer Holland. Welche Aussicht habe die Vorlage im Parlament? Wenn man die einzelnen Parteien betrachte und dann die Versammlungs- sowie Pres-sstimmen, könnte man zur Auffassung kommen, die Regierung hätte leichtes Spiel. Bei früheren Debatten hatte schon der Zentrumsabgeordnete Schädlcr erklärt; höherer Tabakzoll sei notwendig, ebenso der nationalliberale Wassermann, indem er sagte, das wichtigste sei die Erhöhung der Sätze für ausländische Tabake und Fabrikate. Auch über die neuere Tabaksteuervor-lage haben sich schon mehrere Abgeordnete geäußert, nämlich die Herren Bachem, Spahn und Sittart, Abgeordnete einer Partei, die vorgibt, eine Volkspartei zu sein. Wenn wir nun nicht alles in Bewegung setzen, damit das ganze Volk die Gefahren, die ihm drohen, erkennt, so werde der Erfolg nicht eintreten, der im In-teresse der Tabakarbeiter sowie Interessenten liege. Seine beiden Vorredner könne er nicht verstehen, die die Ausführungen des Referenten anerkennen, die Resolution, welche in dem Sinne abgefaßt ist, aber nicht. Die Einwände seien hinfällig, die Wir-kungen der Tabaksteuer sowie aller indirekten Steuern träfen uns alle, ob einer Jude, Muhamedaner, Protestant oder Katholik sei. Bei dieser Protestbewegung dürften keine religiösen Momente in den Vordergrund treten. Je einmütiger der Protest, um so imposanter werde die Wirkung auf die maßgebenden Faktoren sein.

Nachdem nochmals Herr Vogt gehörig auf die freien Ge-werkschaften sowie Partei losgeschlagen und zwei Gegner ge-sprochen, nahm Koll. Faure das Schlusswort, um mit den Herren abzurechnen. Daß die Ausführungen saßen, merkte man den Herren an ihrer Unruhe an, welche mehrmals zum Tumult aus-artete. Auch die Abstimmung über die Resolution wollte man hintertreiben, insofern der Unruhe mußte zweimal die Abstimmung vorgenommen werden. Für die obige Resolution stimmte die Majorität nach einstimmiger Ansicht des Bureau's. Hätten die Herren sich etwas parlamentarischer benommen, der Sache wäre mehr gedient gewesen. Wir sind mit dem Ausgang sonst zu-frieden.

Die Mitglieder der christlichen Zahlstelle Goch haben ihren Zentralvorständen energig abgelehnt, wie das folgende Schreiben an den freien Verband beweist:

Verband christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter Deutschlands. Goch, den 13. November 1905.

An den Vorstand des deutschen Tabakarbeiterverbandes Zahlstelle Goch. Teilen Euch hierdurch mit, daß wir vom Zentralvorstandes Camann strenge Anweisung erhalten haben, einseitig vorzugehen. Grund: Weil die Generalkommission in Berlin uns nicht aner-kannt hat. Wir wären gern gemeinsam vorgegangen, aber wir müssen uns an das Statut und den Zentralvorstand halten. Also sehen die Kollegen des freien Verbandes, daß es nicht der Ortsvorstand ist, der einem Zusammengehen beider Organisa-tionen entgegen ist. Was die Ausführungen unseres Kollegen Vogt in unserer letzten Versammlung vom 12. d. M. betrifft, so können wir uns in verschiedenen Punkten nicht damit einver-standen erklären. Wir Vorstandsmitglieder hoffen, daß wir uns in Lohnfragen und Agitation doch nicht gegenseitig die Arbeit ver-sätzen wollen. In diesem Sinne wünschen wir beiden Organi-sationen volles Glück und Gedeihen. Der Vorstand des christlichen Verbandes der Ortsgruppe Goch.

Goch. Eine vom hiesigen christlichen Tabak- und Zigarren-arbeiterverbande einberufene Versammlung war von Fabrikanten und Arbeitern gut besucht. Folgende Resolution, welche unserem Abgeordneten durch eine Deputation übergeben werden soll, wurde einstimmig angenommen: „Die heute vom Verband der christlichen Tabak- und Zigarrenarbeiter Deutschlands ein-berufene öffentliche Tabakarbeiterversammlung erhebt entschieden Protest gegen jede von der Reichsregierung geplante Tabaksteuer-erhöhung, weil durch eine Mehrbelastung des Tabaks das ohnehin so schlecht gestellte Erwerbseben in der Tabakarbeiterschaft noch ein weiteres Gerabriden erfahren würde infolge von Lohn-abzügen und ganz besonders durch die bestimmt eintretende Ar-beitslosigkeit Tausender, meistens schwächerer Arbeiter. Die Ver-sammlung ersucht den Vertreter des Kreises Cleve, Herrn Dr. Marcour, im Reichstage ohne jegliche Abweichung gegen jede Tabaksteuerverhöhung einzutreten. Die Versammlung erklärt sich mit dem ferneren Kampfe völlig einverstanden und wird, falls für Aufbringung der entstehenden Kosten Sammlungen not-wendig werden, an denselben nach Möglichkeit teilnehmen.“

Großenhain. Am 27. November fand in Ritschens Lokal eine Mitgliederversammlung statt, mit folgender Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal 1905; 2. Stellungnahme zur Tabaksteuervorlage; 3. Besprechung über die Leipziger General-versammlung. Nachdem die Abrechnung revidiert und von den Kontrollleuten für richtig befunden worden war, wurde dem Stasierer Entlastung erteilt. Zum 2. Punkt, Tabaksteuervor-lage betreffend, wurde eine Kommission von drei Mitgliedern gewählt, Otto G a u l, Max S c h i l d e und Karl K l i n g n e r, welche mit der Berliner Kommission in Verbindung treten sollen; als Obmann fungiert Otto G a u l, Schillerstraße 5. Beim Punkt 3 entspann sich eine rege Debatte, aus welcher hervor-ging, daß in hiesiger Zahlstelle nicht ein einziges Mitglied mit den Beschlüssen der Leipziger Generalversammlung einverstanden war. Betreffs Beitragserhöhung und Reduzierungen der Leistun-gen war man allgemein der Meinung, daß dies auf die Schuld der obligatorischen Einführung der Zuschußkasse zurückzuführen sei, daß seit der Zeit, wo unser Verband angefangen, zum großen Teil Kranken- und Wöchnerinnen-Unterstützungsverein geworden zu sein, man gezwungen ist, fortwährend höhere Beiträge zu fordern und in den Leistungen es niemand mehr recht machen kann. Wir halten nach wie vor an der Ansicht fest, die wir

Kollegen Deichmann gegenüber schon vor zwei Jahren vertreten haben, daß aus dieser Einführung nichts Gutes herauspringen würde, und betonen wieder, die Organisationen der Arbeiter sollen Kampforganisationen bleiben. Wer sich gegen Krankheit versichern will, dem solle das überlassen bleiben. Wenn man stets davon spricht, in der Tabakbranche seien die schlechtest ent-lohnten Arbeiter, woran ja nicht zu rütteln ist, so verträgt es sich nicht gut, wenn man an die Leute herantreten soll, welche 10 bis 12 Mk. wöchentlich verdienen, die sich der Organisation anschließen sollen, und ihnen sagen muß, daß die Beiträge 40, 50 Bfg. usw. betragen. Das ist zu viel. Weiter wurde sehr scharf gegen die Gehaltserhöhung gesprochen. Man findet es nach dem oben über Beiträge und Leistungen Erwähnten nicht angebracht, daß die immerhin nicht schlechten Gehälter stets erhöht werden. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß, wenn man aus der Reihe der Arbeiter sich eine Stelle erworben hat, auch mehr sein Interesse für die Ideale seiner Mitmenschen mit im Auge behalten, als für Gehaltserhöhung sein sollte. Wir kamen zu dem Entschluß, uns dem Protest aus Verden (siehe Erwiderung in Nr. 47 des Tabakarbeiters) anzuschließen und ersuchen alle Mitglieder des Verbandes, welche nach Darlegung der Sache gegen die Beschlüsse der Leipziger Generalversammlung sind, Protest zu erheben.

Guben. Am 27. November tagte im Schwarzen Bär eine öffentliche Tabakinteressentenversammlung, die von unsern Mit-gliedern sehr stark besucht war, um Stellung zu nehmen gegen die unserer Industrie verderblich wirkende Tabaksteuer. Alle Inter-essenten protestierten in ihren Ausführungen ganz entschieden gegen jede weitere Belastung des Tabaks. Eine Kommission, bestehend aus den Kollegen Lau, Brandt und Menzel, dem Fabrik-anten Mager (organisiert) und Giesler und den Händlern Groß-mann und Balke, wurde gewählt, die alle weiteren Schritte zu veranlassen hat. Gleichzeitig werden die Tabakarbeiter von Lübben und Fürstberg aufgefordert, Stellung zu nehmen gegen die von der Regierung geplante Tabaksteuer, um gegebenenfalls an den nationalliberalen Reichstagsabgeordneten unseres Wahl-kreises geschloffen mit der Frage herantreten zu können, wie er sich dazu stellt. Von 28 Mitgliedern waren 25 und von 26 Fabrikanten und Händlern 11 anwesend.

Hainau. Am 29. November fand im Saale des Gasthofes zu den drei Bergen eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung statt. Tagesordnung: 1. Die drohende Tabaksteuer; 2. Dis-kussion. Referent war der Zigarrenfabrikant Hugo K e l l e r aus G ö r l i c h. Er schilderte in einer 1 1/2 stündigen Rede die Gefahren der von der Regierung geplanten Tabaksteuer. Um sie zu verhindern, müßten wir Tabakarbeiter energig dagegen ein-treten. Der Referent schilderte die Not und das Elend, das mit der neuen Steuer kommt. Zum eigenen Schutz müsse sich jeder fest der Organisation anschließen, Mann für Mann, dann könnten wir ein besseres Los erringen. In der Diskussion forderte Kollege Klein die noch Fernstehenden zum Eintritt in den Verband auf. Die vom Kollegen Köpfer eingebrachte Resolution gegen die Tabak-steuer und alle indirekten Steuern wurde von der Versammlung einstimmig angenommen. Die Resolution soll dem Abgeordneten unseres Wahlkreises, Herrn Justizrat Böhl, mit dem Gesuchen übermittlelt werden, gegen die Steuerpläne der Regierung zu stimmen. Hierauf schloß der Vorsitzende, Kollege Köpfer, die gut besuchte Versammlung.

Hildesheim. Eine öffentliche Tabakarbeiter- und Arbeiter-innenversammlung tagte am 26. November im Saale des Herrn J. Evers (Gewerkschaftshaus, Goshenstr. 23) mit folgender Tagesordnung: 1. Die Tabaksteuervorlage und ihre Folgen; 2. Wie kann die Erhöhung der Tabaksteuer am wirksamsten be-kämpft werden? 3. Wahl einer Kommission hierzu. Zum 1. Punkt der Tagesordnung verlas Kollege Gluche den am 26. November im Tabak-Arbeiter veröffentlichten Leitartikel: „Der „blutende“ Tabak in zoll- und steuerrechtlicher Darstellung. Es be-fehligt sich an der Debatte Maharens, G ö d e c k e, Reip, Paulke, Hoffmann und Hüder; alle waren einig, ganz energig gegen die Steuervorlage Protest zu erheben. Die einstimmig an-genommene Resolution lautet: „Die im Hildesheimer Gewerk-schaftshaus, Goshenstr. 23, tagende öffentliche Tabakarbeiter- und Arbeiterinnenversammlung erblickt in dem Vorgehen der Reichsregierung — dadurch, daß der Tabakzoll eminent erhöht werden soll — eine schwere Schädigung der gesamten Tabak-industrie. Sie protestiert ganz entschieden gegen eine solche Steuerpolitik und verpflichtet sich, mit allen ihr zu Gebote stehen-den Mitteln dahin zu wirken, daß die geplante Tabaksteuer zu-Grabe getragen wird.“ Zum 2. Punkt der Tagesordnung trat ebenfalls eine rege Debatte ein; hauptsächlich war es die Geld-frage, über welche man sich nicht einig werden konnte. Diesem half Kollege Hüder mit dem Antrage ab, dies der zu wählenden Kommission zu überweisen; ein Zusatzantrag vom Kollegen Paulke, der Kommission vollständig freie Hand zu lassen, wurde ebenfalls angenommen. Bei der Wahl einer Kommission wurden die Kollegen J. Hoffmann, G l u c h e, G ö d e c k e, K u m e l, Lehmann, Demmel, Karsholz, Reiter und Klare gewählt. Obmann der Kommission ist Ludwig G ö d e c k e, Wollenweberstraße 9. — Noch eins an dieser Stelle: Es sind wohl 90 Organisierte am Platze, aber von einem Drittel werden nur die Versammlung besucht, das ist unerhört. Dann aber, wenn etwas beschlossen ist und es paßt den Kollegen nicht, da wird genörgelt und geklärt, aber daran, daß es hätte anders sein können, wird nicht gedacht. Also, Kollegen, ob Haus- oder Fabrikarbeiter, ob jung oder alt, alle gehört Ihr in die Versamm-lung, wenn gerufen wird. Beherzigt dies und handelt danach.

Hoffenheim. Am 19. November fand im Hoffenheim im Ratskeller eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung statt. Tagesordnung: Nutzen und Zweck des Deutschen Tabakarbeiter-verbandes und die drohende Tabaksteuer. Kollege St e l l i e r Ostersheim gab in klarer und verständlicher Weise eine Uebersicht über die wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiter. Da am 12. No-vember eine Versammlung hier stattfand von dem Christlichen Tabakarbeiterverband, betreffs Gründung einer Zahlstelle in Hoffenheim, so war es uns auch darum zu tun, den anwesenden Kollegen, welche in dieser Versammlung waren, Klar zu legen, welche Unterschiede bestehen zwischen dem Christlichen Verband und dem Deutschen Tabakarbeiterverband. Kollege Dieck-medeheim und Vidus-Hoffenheim legten den anwesenden Kol-legen klar vor Augen, daß nur die freie Gewerkschaft, und das ist der Deutsche Tabakarbeiterverband, die Interessen der Tabak-arbeiter richtig vertritt. Es wurde eine Resolution unterbreitet, mit allen Kräften gegen die drohende Tabaksteuer vorzugehen, da der Tabak ohnehin schon genug belastet ist. Kollege Stellier be-zichtigte auch über die Generalversammlung. Am Schlusse forderte Kollege Diebel alle Anwesenden auf, in den Deutschen Tabak-arbeiterverband einzutreten, dadurch sei es möglich, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Kollege Fröhlich, welcher dem Christlichen Verband angehört, vertrat die Interessen seiner Organisation, wurde aber von den Kollegen Stellier, Vidus und Diebel abgelehnt.

München. In der Zigarettenfabrik Zuban-München, Landwehrstraße 37, haben die organisierten Arbeiter und Arbeiter-innen die Arbeit eingestellt. Die äußere Veranlassung war die Entlassung eines Kollegen mit Frau, der sich um die Organi-sation besonders bemüht hatte, so daß in kurzer Zeit nahezu alle Arbeiter und Arbeiterinnen der Fabrik der Organisation

angehörten. Hierin erblickte die Firma vermutlich eine Gefahr für ihren Profit. Zunächst wurde dem Kollegen ein Aufseherposten angeboten. Nachdem er diesen ausgeschlagen hatte, fand man, daß der Mann falsch sei und entlassen werden müsse, weil er der Firma gegenüber sich anders äußerte, als den Arbeitern gegenüber. Hierauf erklärten die übrigen Kollegen und Kolleginnen sich mit dem Entlassen solidarisch. Eine Vermittlungskommission wegen Wiedereinstellung der Entlassenen wurde abgelehnt und dabei erklärt, daß noch mehrere der weniger gut qualifizierten Arbeiterinnen auch nicht wieder eingestellt würden. Auf diese Antwort hin beschloßen die Arbeiterinnen und Arbeiter, die Arbeit solange ruhen zu lassen, bis die Firma sich bequemt, dem Verlangen der Arbeiter nachzukommen. Zu gleicher Zeit wurden noch weitere Forderungen gestellt, um auch bei dieser Gelegenheit die Abstellung verschiedener anderer Mißstände zu erstreben. Die Streikenden sind guten Mutes, gilt es doch, von vornherein die Organisation hochzuhalten. Die Kollegen haben nur einen Wunsch, und das ist der bekannte: Einigkeit macht stark, durch Kampf zum Sieg! Die Firma wird wohl oder übel, was sie auf gutlichem Wege ablehnt, nun doch zugestehen müssen. Es wird gebeten, den Zugang fernzuhalten. Dann wird die Firma in kurzer Zeit nachgeben müssen.

Medesheim. Am 19. November, abends 6 Uhr, fand in Medesheim im Gasthaus zum Schühmann eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Stellter-Osternheim über die Lage der Tabakarbeiter, sowie über die drohende Tabaksteuer sprach. Kollege Stellter schilderte in klarer und verständlicher Weise, in welcher Lage sich gegenwärtig die Tabakarbeiter befinden, und zwar in dieser Gegend, wo wir noch Löhne vorfinden von 3.50—4 Mark, bessere selten. Redner hält es für sehr notwendig, daß sich die Arbeiter unter diesen Umständen organisieren, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen. Gewöhnlich haben die Leute Angst vor dem Verbande. Sie denken, daß sich die Arbeitgeber vom Orte wegziehen und die Fabriken wo anders hin verlegen. Kollege Widus wies jedoch darauf hin, daß es den Fabrikanten nicht einfallt, ihre Fabriken zu verlegen, außer es würde am Nordpol noch ein Ländgen entdeckt, wo noch billiger gearbeitet werden könnte wie in Baden. Kollege Diekel forderte die Anwesenden auf, einzutreten in den Deutschen Tabakarbeiterverband, worauf sich auch sechs Mitglieder in den Verband aufnehmen ließen.

Senabrück. Am 3. Dezember fand eine öffentliche Protestversammlung bei Gastwirt Aug. Schmittwinken, Johannisstr. 45, statt, in der Kollege Paul Plagmeier das Referat hielt und ungefähr folgendes ausführte: Seit vielen Jahrzehnten sieht die Regierung im Tabak eine gute Einnahmequelle, die uns Tabakarbeiter schwer drückt. Der jetzige neue Steuerentwurf bedeutet aber den Ruin der gesamten Tabakindustrie, viele Arbeiter würden brotlos, viele müßten sich Arbeit in andern Gewerben suchen und würden dort Lohnrücker werden, und so wären auch andre Gewerbe daran interessiert, ob die Tabaksteuer vom Reichstagsabgeordneten einwirkt und ihnen die traurige Lage der Tabakarbeiter klar machen und darauf dringen, unter allen Umständen gegen die Tabaksteuer zu stimmen. Es stände um die Lage der Tabakarbeiter viel besser, wenn sie es verstanden hätten, sich so zu organisieren, daß statt 30 000 Arbeiter sich 90 000 und noch mehr im Verband befänden, dann würde die Regierung nicht mit einer solchen Forderung an den Reichstag treten; deshalb sollte jeder das Verfaßte nachholen und sich der Organisation anschließen. Sodann wurde den Versammelten die Unterredung mit dem Abgeordneten Herrn Wamhoff bekannt gegeben; er habe gesagt, er würde in jeder Hinsicht die Interessen der Arbeiter wie der Fabrikanten vertreten, er hätte im Jahre 1894 gegen die Tabakfabriksteuer gestimmt und würde auch hier die Interessen vertreten. Nebenbei bemerkt: Heute, Montag, ist ein Brief eingelaufen, wonach Herr Wamhoff erklärt, gegen diese Steuer zu stimmen. Demnach ist anzunehmen, daß er gegen die Steuer stimmen wird. Auf eine Anfrage, was die Fabrikanten in ihrer Zusammenkunft beschlossen hätten, erklärte ein Vertreter der Fabrikanten, daß sie von einer öffentlichen Kundgebung Abstand nehmen, aber die Abgeordneten bearbeiten wollten, ohne Rücksicht auf die Partei. Wollte man überhaupt was erzielen, so dürfe die ganze Angelegenheit nicht zur Parteisache gemacht werden. Nachdem von verschiedenen Seiten betont wurde, daß doch bei einer so wichtigen Sache wie dieser, die Öffentlichkeit nicht ausgeschlossen sein könnte, erfolgte die einstimmige Annahme der Resolution: „Die heute von 125 Personen besuchte öffentliche Protestversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Die Versammlung protestiert entschieden gegen jede weitere Erhöhung der Tabaksteuer, mag sie in irgendeiner Form erscheinen. Die Versammlung ist der Meinung, daß die Tabakarbeiter schon durch die Annahme des Zolltarifs sowie der Handelsverträge scharf betroffen werden, so daß sie auch minimale Forderungen nicht ertragen können; sie ersucht den Abg. Wamhoff, gegen die Vorlage zu stimmen, sowie bei seinen Fraktionsfreunden dahin zu wirken, daß die Vorlage abgelehnt wird.“ Dem Vernehmen nach soll noch vor Weihnachten eine öffentliche Versammlung von den Fabrikanten einberufen werden,

den, zu der Abg. Wamhoff sein Erscheinen in Aussicht gestellt habe.

Schönlanke. Im Anschluß an den vorangegangenen Bericht ist folgendes noch zu erwähnen: Die Zigarrenfabrikanten in Schönlanke lehnten trotz abermaligen Ersuchen seitens der Arbeiter die bescheidenen Lohnforderungen ab, worauf die gesamten in den hiesigen Zigarrenfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit einstellten. Es kommen 175 Personen in Frage mit zusammen 82 Kindern.

Am 27. November fand im Schützenhause eine stark besuchte Tabakarbeiterversammlung statt, in welcher als Referenten Karl Deichmann-Bremen und W. Kahle als Ausschußmitglied aus Altona-Ottensen erschienen waren. Kollege Deichmann setzte dann in eingehender Weise die Lage der Arbeiter auseinander und kritisierte scharf die ablehnende Haltung der Fabrikanten. Es gelangte hierauf folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die in den hiesigen Zigarrenfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen beklagen aufs neue, daß sie angesichts der Lebensmittelpreise nicht mehr gewillt sind, zu den überaus traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen zu arbeiten, und fordern dringlich von den hiesigen Fabrikanten die Anerkennung der ihnen eingereichten Forderungen.“

Zur näheren Orientierung mögen folgende Angaben über die Lohnverhältnisse dienen:

Der tägliche Lohn beträgt:

Männliche Arbeiter:		Weibliche Arbeiter:	
1 Person	1.25 Mk.	9 Personen von 0.50 bis 0.75 Mk.	
3 Personen von 1.25 bis 1.50	24	0.75	1.—
5	1.50	1.75	1.25
29	1.75	2.—	1.50
9	2.—	2.25	1.75
16	2.25	2.50	2.—
3	2.50	2.75	2.25
66 Personen von 1.25 bis 2.75 Mk.	1	3	2.50
		97 Personen von 0.50 bis 2.50 Mk.	

Jeder objektiv Denkende muß zugeben, daß die jämmerlichen Löhne für eine auskömmliche Lebensweise völlig unzureichend sind. Der ausgebrochene Streik veranlaßt übrigens die bürgerliche Presse, allerhand Schwindelnachrichten in die Welt zu setzen. Es streiten nicht, wie geklunzt wird, 400, sondern 184 Arbeiter und Arbeiterinnen, von denen 168 organisiert sind. Es wird weiter keine Lohnerhöhung von 20 Prozent, sondern nur von 3—12 Prozent gefordert.

In den 5 Betrieben befinden sich noch 16 Personen, darunter 12 Lehrlinge, die in die Bewegung eingereicht werden müssen. Durch Einmütigkeit aller wird die gerechte Sache zum Siege gelangen.

Zugang ist fernzuhalten. Briefe usw. sind zu richten an Hugo Wollermann, Wilhelmstraße 23.

Seelenheim. Am 20. November fand in der Wirtschafft zur Kapelle eine Mitgliederversammlung statt mit der Tagesordnung: Bericht von der letzten Generalversammlung durch Kollegen Stellter aus Osternheim. Kollege Stellter schilderte uns in einer einstündigen Rede die Verhandlungen der letzten Generalversammlung, wofür ihm die anwesenden Kollegen Dank aussprachen. Nach den Ausführungen des Kollegen St. besprach noch Kollege Kreschmar das neue Organisationsstatut, welchem auch alle anwesenden Kollegen zustimmten. Auch ein Antrag des Kollegen Reibold wurde zur Verhandlung gebracht. Es ist nämlich unwahr, daß Kollege R. einem Arbeiter die Arbeit, welche er nicht machen wollte, einem andern Arbeiter zuschieben wollte, so daß jener dem andern Arbeiter gegenüber im Nachteil sei. Am Schlusse der Versammlung erwähnte Kollege Kreschmar noch die Anwesenden, die Sache nicht mehr so leicht wie bisher zu nehmen, auch sollen die Kollegen mehr einig unter sich sein, damit man nicht immer hören müsse, die Organisierten sind ja selbst nicht einig. Er erwähnte auch die Kollegen, sich immer mehr der Organisation anzuschließen, damit auch wir einmal ein besseres, menschenwürdigeres Dasein erzielen.

Spenge. Mitgliederversammlung vom 12. November. Tagesordnung: Berichterstattung von der Generalversammlung in Leipzig. Berichterhalter: Delegierter für den 50. Bezirk, Mik. Klaußen-Bielefeld. Die Versammlung stimmte seinen Ausführungen bei. Es ließen sich sodann neun Mitglieder aufnehmen. Kollege Brinkmann regte dann noch an, auf alle Fabriken Zirkulare zu schicken, um Geld zum Kampf gegen die Tabaksteuer zu bekommen; dieser Antrag fand einstimmige Annahme. Eine Kommission war schon vorher gewählt. Eine Resolution, die sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärte, wurde einstimmig angenommen.

Werther i. W. Am 19. November fand im großen Saale des Hotel Kentzsch eine öffentliche Volksversammlung zwecks Protestes gegen die drohende Tabaksteuer statt. Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Kollege Klingenhagen-Serford führte den Anwesenden klar vor Augen, welche schwerwiegenden Folgen jede Mehrbelastung des Tabaks für die Tabak-

industrie und für die, welche davon abhängig sind, nach sich ziehen würde. Wäre der Verdienst der Tabakarbeiter heute schon so niedrig, daß von einer menschenwürdigen Lebenshaltung nicht die Rede sein könnte, so würden dieselben in Zukunft dem Verhungern nahe gebracht werden. Laufende und Ubertaufende würden arbeitslos werden, weil dann die Fabrikation der billigen Zigarren aus der hiesigen Gegend verschwinden würde. Allein schon der Rückgang des Konsums würde viele Arbeiter überflüssig machen. Das Ziel der Regierung wäre das Tabakmonopol. Denn wäre durch die fortgesetzte Erhöhung der Tabaksteuer die Kleinfabrikation erst zugrunde gerichtet, dann würde die Regierung mit den Großindustriellen leichten Handel haben. Diesen Teil seiner Ausführungen schloß Redner mit den Worten, die damals der Agrarier im Zirkus Busch in Berlin seinen Freunden zurief: „Wir müssen brüllen, daß es den Ministern in den Ohren schallt!“ Die Schuld an den fortwährenden Bemühungen der Tabakindustrie seitens der Regierung tragen aber zum großen Teil die Tabakarbeiter selbst. Denn hätten die ca. 200 000 Tabakarbeiter Deutschlands sich frühzeitig vollzählig organisiert, um im gegebenen Moment sich erheben zu können, die Regierung würde sich sicher besonnen haben, ob sie uns zu Gegenmaßnahmen herausfordern dürfe. Darum hole ich jeder endlich das Verfaßte nach: Ginein in den Deutschen Tabakarbeiterverband! Dann können wir auch bessere Löhne erlangen und die Unternehmer veranlassen, die Schmutzkonkurrenz zu befeitigen. Von dem Reichstagsabgeordneten unresz Kreisles Herford-Halle, Herrn Malermeister Meyer (Konj.), hatte der Referent auf Ersuchen den brieflichen Bescheid erhalten, da die Form der geplanten Tabaksteuer ihm noch nicht bekannt wäre, könne er bestimmte Zusicherungen noch nicht geben. Gegen eine Erhöhung der Steuer, die die Tabakindustrie empfindlich schädige, würde er sich wohl ablehnend verhalten. Welche Steuer unsere Industrie empfindlich schädigt, darüber wird der Herr wohl nicht allein urteilen können. Der Mann scheint es mit seinem Christentum vereinbaren zu können, wenn er unsere schon feinstraurige Lage noch mehr verschlechtern hilft. Dann bedankt Euch bei ihm, Ihr Arbeiter, Fabrikanten, Handwerker und Kaufleute — weil Ihr doch auch mit zu leiden habt —, die Ihr diesem Herrn zu seinem Reichstagsmandat verholfen habt!

Folgende Resolution wurde mit dem Beschluß, sie an den Abg. Meyer abzugeben, einstimmig angenommen: „Die heute im Saale des Hotel Kentzsch tagende, von Tabakarbeitern und sonstigen Interessenten stark besuchte öffentliche Volksversammlung, ersucht den Reichstagsabgeordneten für den Wahlkreis Herford-Halle, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln unter seinen politischen Freunden dahin zu wirken, daß die geplante Mehrbelastung des Tabaks, welcher Form sie auch sein möge, zu Fall gebracht wird.“ Auch eines Wortes hier am Orte, der brieflich erklärt hatte, aus Geschäftsgründen seinen Saal zu dieser Versammlung nicht hergeben zu können, wurde Ermahnung getan und den Anwesenden ans Herz gelegt, diesem Total, welches zum großen Teil von Arbeitern besucht wurde, die verdiente Beachtung zu schenken. Zum Schluß wurde eine Protestkommission, wobei auch die umliegenden Ortschaften berücksichtigt wurden, mit dem Kollegen Fritz Wange als Obmann gewählt. Der Tabakarbeiterverband hatte eine Anzahl Aufnahmen zu verzeichnen. Eine Tellerammlung ermöglichte die Deckung der ersten Unkosten.

Schdenick. Am 22. November tagte hier eine überaus gut besuchte Protestversammlung, in welcher Kollege Franz Schmidt-Berlin über die von der Regierung neu geplante Tabaksteuer und ihre Folgen referierte. Ehe man jedoch zur Tagesordnung überging, verlas Kollege Kadler ein Antwortschreiben des Reichstagsabgeordneten unresz Kreisles Muppin-Deplinn, Justizrat Dietrich-Prenzlau, welcher zu der Versammlung schriftlich eingeladen war, aber wie aus dem Schreiben hervorging, wegen überhäufte Arbeit in seinem Beruf am Erscheinen behindert war. Nunmehr ging Kollege Schmidt als Referent zur Tagesordnung über und schilderte in überaus leichtverständlicher und sachlicher Weise den Anwesenden die Verhältnisse in der Tabakindustrie, welche jetzt schon keine zögern mehr zu nennen seien. Nicht nur die Tabakarbeiter hätten unter den Tabaksteuerplänen zu leiden, sondern auch die gesamte Arbeitererschaft Deutschlands, weil durch die neuen Tabaksteuern sich der Preis der Tabakprodukte erhöhen, die Qualität aber verschlechtern würde. Nach dem 1/2stündigen, mit großem Beifall aufgenommenen Referat wurde eine Kommission von fünf Mitgliedern, bestehend aus den Kollegen Homuth, Sudler, Wunder, Rief und Stör, welche sich mit der Zentralkommission, Berlin, in Verbindung setzen soll, gewählt. Eine dem Vortrage entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen; eine zur Deckung der entstehenden Unkosten veranstaltete Tellerammlung ergab den Ertrag von 10.20 Mk.

Kollegen! Agitiert für eure Organisation!

Achtung! Rohtabak! Achtung! Rohtabak!

Durch die bevorstehende Zollerhöhung auf Rohtabak veranlaßt, ersuchen wir unsere geehrte Kundschaft, ihren Bedarf an Rohtabak möglichst vor Eintreten des erhöhten Steuerjahres zu decken. Wir sind bestrebt, den Wünschen unserer Kunden nach Möglichkeit entgegenzukommen.

Geschäftsprinzip: Preiswerte und reelle Bedienung.

Hengfoss & Maak, Haupt-Geschäft: Altona-Ottensen.

Für den Detail-Verkauf: Berlin N., Brunnenstrasse 190.

Rob-Tabak.

Sumatra-Decke 135, 150, 160, 200, 210, 225, 250, 275, 300, 350, 375, 500, 550 g
Sumatra-Umlatt 115, 125, 180, 150 g
Vorstenland-Decke 125, 150, 175, 225 g
Java 85, 90, 100, 115, 120, 125, 130 g
Brasil 80, 95, 100, 105, 110 bis 200 g
Carmen, Domingo, Seedleaf 85, 95, 110 g
Cuba 100, 300. — Havanna 110, 125, 200, 300
Mexiko-Decke (San Andrea) 150, 400 g
Pa. Logut 80 g, Paraguay 85, 150 g
Inländische Tabake 70, 75, 80 g
Preise ausgewogen m. 3%o Caffa-Sconto.
Kredit nach Uebereinkunft.

Wickelformen, neu, schr. Fasson, nur 140 g
Utensilien, Rollbretter, Messer, Lack
Tragath, Band, Etiketten, Papier.

S. Hammerstein Filiale
Vertreter: Gustav Boy
Berlin N., Brunnenstr. 183.

Hienfong Essenz
extra stark, für Wiederverkäufer, 1 Dugend
Mk. 2.50 (30 Flaschen Mk. 7.—, kosten-
frei überallhin). **Laboratorium**
P. Seifert, Dittersbach Nr. 57,
bei Waldenburg (Schlesien).

Rob-Tabak.

Feinste Deli-Decke
Nr. 5481

rötlich-braune, reine Farben, gutes
Vollblatt

à Mk. 1.50 per Pfund verzollt.

Kredit nach Uebereinkunft.

Größtes Lager in Wickelformen.

W. Hermann Müller
Berlin O., Magasinstr. 14.

Ja. Grus, sandfr., 25, 50, 75
stets a. Lager
f. Dely, Gelghk., statt 3/4, f. 2.40.
Kemmler Nilg., Breslau 6.

Schiller. Ein Lebensbild für
deutsche Arbeiter von
Wehring, Mk. 1. Volksbuchhandl., Leipzig.

Glas-Schreibbaumstumpf

aus erster Hand verfertigt
aus verpackt in Kisten
Sort. I. 325 St. bessere
versilberte Panorama- u.
Eiskugeln, mit Silber-
draht, Ghentleu, Seiden-
qualiten verzierte Neu-
heiten, hochseine Leucht-
tulpen, gr. übersponnene
Baumspitze mit Silber-
helm, verschied. Früchte,
Schneeballen, Glocken,
Vögel, Trompeten etc.

zum Preise von Mk. 5.— gegen Ein-
sendung (Nachnahme Mk. 5.30). —
Sort. II. 110 Stück grössere Sachen zum
selben Preise Mk. 5.— (Nachnahme
Mk. 5.30). Diesen beiden Sortimenten
füge ich gratis eine schon im Vorjahre
mit großem Beifall aufgenommene
Fruchtvase mit Blumenbouquet und einen
beweglichen Engel, 2 Pakete Lametta
und 2 Pakete Konfekthalter bei. — Auf
Wunsch kleineres Sortiment. 150 Stück
zu Mk. 3.50 (Nachnahme Mk. 3.70). Hierbei
gratis Fruchtvase mit Blumenbouquet.
— Für Händler Sort. zu Mk. 8.— u. höher.

Max Heumann, Lauscha (S.-Mein.) 79.

Roh-Tabak
en gros — en detail

Schütze & Kühne
Leipzig
Nürnberg Strasse 22.

Ewalds Märchen. Gebunden 1.50 Mk.
Volksbuchh., Leipzig.

Rohtabak-Handlung
in- und ausländische
en gros en detail

Grösste Auswahl! Billigste Preise!

Jacob Hirsch jun.
Mannheim a. Rh., P 7, 1

Agentur u. Kommissionsgeschäft.

Einlage.

Ich schneide, walze, beize und
röste jeden Posten Tabakrippen zu
Zigarren-Einlage (wollig), wie auch
zu Pfeifentabak billiger gegen Lohn.
(Wasserkraft). Kaufe stets Rippen
gegen Kasse. Ferner offeriere Rippen-
einlage à 11/2, Mk. pro Zentner.

Otto Steiner, Anstalt
Bruchsal (Baden).

Kaufmann & Co.
Rohtabakhandlung
Bremen.

Zigarren gesucht

in regelmäßigen Lieferungen, kleine und
auch größere Posten, speziell rein ameri-
kanisch. Offerten mit äußerster Preis-
angabe sind zu senden unter **Zigarren-
Gesuch, Hamburg, postlagernd.**

Aug. Chr. Friedr. Hoewe aus
Güstrow wo steckt du? Um deine
Adresse bittet **H. Koop, 2. Bevollm.**
Lübeck, Balauerstr. 11.
Bitte die Kollegen, mir seine Adresse
zukommen zu lassen.

Verkaufe eine **Wickel-Pressen**,
ganz neu, ganz aus Eisen, Gewicht
35 Kilo, Preis 15 Mk., bezugleich
5 Stück **Wickelformen**, Eisen-Fasson
mit Brandende unter 6 mm Durchmesser,
an beiden Enden Strohholz-Eichen, neu,
120 mm Wickellänge, Preis 10 Mk. unter
Nachnahme. Gefällige Offerten unter
F. K. an die Expedition des Tabak-
Arbeiter Leipzig, Lauchaer Str. 19/21.

Unseren Mitgliedern **Christian
Schmid** (Zaffelwerth), **Babette
Schmitt** und **Franz Dillier** zu
ihrem am 10. beziehungsweise 16. d. M.
stattfindenden Geburtstag ein drei-
faches **Hoch. Die Mitglieder
der Zählstelle Kaiserslautern.**

Dem Kollegen **Jos. Armbruster**
aus **Sasbach i. W.** für das uns gespendete
Fäßchen bei Auflösung seiner Verlobung
hierdurch unseren besten Dank.
Seine Tischkollegen in Wittenberge a. d. E.
Y. L. C. Sch. C. T.

Codes-Anzeigen.

Am Donnerstag, den 30. November,
starb nach längerer Krankheit unser
langjähriges Mitglied **Fritz Krebs**
aus **Schweidnitz** an der Berufsfrankheit.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
**Die Mitglieder
der Zählstelle Schweidnitz.**

Am Sonntag, den 8. Dezember, ent-
schlaf unser Kollege **H. Berlin**
an der Berufsfrankheit. Selbiger war
14 Jahre ununterbrochen Mitglied
unseres Verbandes.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Zählstelle Lage.

Briefkasten.
H. Koop, Lübeck 60 Bfg. — **Wit-
glieder Kaiserslautern 70 Bfg.**